

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Engagement,
Bundesangelegenheiten und Medien**

4. Sitzung
9. März 2022

Beginn: 9.36 Uhr
Schluss: 12.17 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Herausforderungen und Perspektiven der Berliner
Kinolandschaft infolge der Coronapandemie**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

[0004](#)

EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Ich möchte unseren Anzuhörenden Herrn Dr. Christian Bräuer, den Vorstandsvorsitzenden der AG Kino – Gilde deutscher Filmkunsttheater e. V. –, der heute persönlich hier bei uns ist, begrüßen. Herzlich willkommen! Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Ich sehe: Daumen hoch. Zur Begründung des Besprechungsbedarfs hat Herr Otto das Wort. – Bitte!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielen Dank! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Bräuer! Kino ist Wirtschaft, ist Kultur, ist Freizeitvergnügen, und die Kinolandschaft in Berlin ist natürlich durch die Coronapandemie der letzten zwei Jahre sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Wir haben beobachtet, dass viele Kinos sofort eigene Hygienekonzepte aufgestellt und sich sehr bemüht haben. Das hat manchmal nicht so richtig zusammengepasst mit dem, was der Senat kurz darauf in einer Infektionsschutzverordnung erlassen hat. Es lässt sich aber nicht immer vermeiden, dass es da auch hakt. Viele Kinos waren mehrere Monate geschlossen und haben gerade jetzt wieder so einen kleinen Neustart. Wir würden gern hier mit dem Anzuhörenden besprechen: Wie ist insgesamt das Verhältnis von Kino zur Filmindustrie?

Was hat sich da verändert? Wenn Kinos so lange geschlossen sind und nur mit wenig Zuschauerinnen und Zuschauer überhaupt arbeiten können, was passiert da? Was macht die Filmindustrie? Geht das dann alles in andere Kanäle? Kann man das wieder aufholen? Wir würden gerne mit Ihnen besprechen: Was ist eigentlich in Berlin von der Kinolandschaft noch da nach diesen zwei Jahren? Ich kann als Abgeordnete aus Pankow sagen, wir haben da das Colosseum, das geschlossen worden ist. Es wird sich jetzt auf einen Saal konzentrieren. Ist das bei vielen anderen Kinos auch so? Vielleicht können Sie uns da einen kleinen Überblick geben, Herr Dr. Bräuer. Welche weiteren Unterstützungen sind gefragt? Wie stehen wir eigentlich da im Vergleich zu anderen Städten, zu anderen Bundesländern? Da ich weiß, dass Sie auch auf der europäischen Verbandsebene tätig sind, wie stehen wir im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern da? Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode mal in Cannes getroffen, als wir mit dem Ausschuss dahingefahren sind, und haben uns über die französische Kinolandschaft informiert und waren überrascht, wie das da alles funktioniert. Wenn Sie uns auch dazu vielleicht einen kleinen Seitenschlag liefern könnten, wären wir darüber sehr froh. Das vielleicht zur Begründung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Herr Otto! – Herr Dr. Bräuer! Sie haben es gehört. Sie haben ca. fünf bis zehn Minuten.

Dr. Christian Bräuer (Gilde deutscher Filmkunsttheater e. V.; Vorstandsvorsitzender der AG Kino): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank Ihnen allen für die Einladung! – Ich schätze das außerordentlich, wie sehr sich dieser Ausschuss schon über viele Jahre kontinuierlich auch mit den Kinos, den Programmkinos befasst. Vielen Dank dafür! Aktuell sind unsere ganzen Aufmerksamkeiten, unsere Herzen in der Ukraine bei den schockierenden Bildern. Trotzdem – auch das wurde vorhin schon von Herrn Fischer angesprochen – ist die Pandemie erst mal leider noch nicht vorbei, und das heißt für die Kinos, die sicherlich zu den am meisten betroffenen Bereichen der Pandemie gehören – Sie haben es gesagt, es sind fast zwölf Monate, die wir geschlossen waren und kontinuierlich seit jetzt ziemlich exakt zwei Jahren, dass wir mit mehr oder weniger großen Auflagen spielen müssen –, sind wir in der Herausforderung. Was heißt diese Herausforderung für die Kinos aktuell, und gerade, wenn ich auf die erste Frage eingehe, was bedeutet das für den Filmmarkt? – Was wir beobachten, ist vor allem eine Beschleunigung von Trends. Wir sehen, dass das Streaming, das vorher in Koexistenz zu uns lebte, natürlich massiv vorangegangen ist. Wir sehen vor allem eine massive Marktmachtmonopolisierung in den Medien. Sie erleben das bei politischen Themen. Das ist nicht anders bei audiovisuellem Content. Wir beobachten, wie immer stärker große Unternehmen nicht nur kleine Unternehmen kaufen, sondern andere große, das heißt, Studios kaufen, Studioketten kaufen Ketten. Jetzt merkt man schon, wer postpandemisch etwas geschwächt ist, wird aufgekauft. Das fängt gerade in den USA an und schwappt gerade über. Für Kinos heißt das dankenswerterweise: Wir sind wieder offen seit Juli letzten Jahres, seit dem zweiten Lockdown. Das Publikum, die Berlinerinnen und Berliner, kamen sehr stark zurück. Das dritte Quartal war den Umständen entsprechend durchaus ordentlich. Gerade wir Filmkunstkinos haben teils starke Unterstützung auch aus der Nachbarschaft erhalten, aber dann kamen die Delta-, die Omikron-Welle und mit dem dann fast im Wochenrhythmus neue Auflagen. Das hat natürlich tiefe Spuren hinterlassen.

Wir beobachten in dieser Zeit, dass Multiplexketten zu Dumpingpreisen neigen. Das heißt, da geht es um Marktverdrängung. Wir sehen, dass die Kinos geschwächt sind in den Geschäftsbeziehungen zu den großen Major-Verleihern. Das war vielleicht schon vorher so, aber jetzt

ist es noch mehr eine pure Demonstration von Marktmacht. Das Ganze führt dazu, dass sich vor allem die kleinen, die unabhängigen Filme immer schwerer tun. Auch da haben die sozialen Medien einen Beitrag. Es ist noch schwerer, für Vielfalt sichtbar zu sein, obwohl es theoretisch einfacher ist. Im besten Fall gelingt es einem Arthouse-Film, einem Dokumentarfilm, auch die Welle zu reiten mit einem Festivalerfolg, mit einer perfekten Kampagne. Generell ist aber, was nicht geliked und nicht geteilt ist, fällt durch. Das heißt, auch hier merken wir, es gehen die Eventfilme, das mag dann ein „Bond“, ein „Spiderman“, ein „Dune“ sein, und es gehen Events um Filme. Das Ganze geht einher mit einer Verschiebung der Investitionen, dass immer stärker die Kinos die Programm- und Marketingarbeit machen. Das sind im digitalen Zeitalter nicht mehr die Verleiher, die teuren Kopien, sondern wir Kinos, die Projekten anschaffen müssen.

Wenn man sich die aktuelle Situation nach zwei Jahren Pandemie ansieht, dann sind die Kinos ausgezehrt, gerade die vielen Arthouse-Kinos – Berlin ist Welthauptstadt der Kinos und Welthauptstadt der Arthouse-Kinos, keine Stadt hat so viele Arthouse-Kinos wie Berlin –, dann sind das Geschäftsmodelle mit hohem kulturellen und sozialen Engagement. Dann sind das Geschäftsmodelle, wo man schon vor der Pandemie nicht in erster Linie die großen Gewinne erzielt hat. Dann sind natürlich in einer Zeit, in der die Hilfsprogramme da sind – die waren vielleicht am Anfang hier und da schleppend, aber gerade die Berliner Soforthilfe IV hat viel geleistet –, diese Hilfsprogramme nicht zum Tilgen da oder um Rücklagen für Investitionen zu bilden. Das ist für drei, vier, fünf, sechs Monate super, auch im internationalen Vergleich, dass es diese Hilfsprogramme gibt, das ist allerdings nicht auskömmlich, um in die Wettbewerbsfähigkeit zu investieren, denn auch die Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Die Anforderungen haben sich weiterentwickelt, und natürlich auch die Diskussion um Auflagen ist auch immer eine Diskussion: Wird da vielleicht eine Angstkulisse geschürt? Wird da vorsichtshalber etwas gemacht? Das heißt, da stehen die Kinos mit dem Rücken zur Wand. Wir haben momentan Schwimmflügelprogramme. Die halten uns über Wasser. Das ist gut. Die bringen uns aber nicht voran, aber genau da müssen wir hinkommen, dass wir wieder auf Land und auf die eigenen Beine kommen.

Was folgt daraus für Sie? Wo kann die Politik in diesem ganzen veränderten Umfeld helfen? – Wir sehen, der Staat im Kino ist weiter elementar, gerade für die Filme, die wir hier in Berlin-Brandenburg produzieren. Da geht es immer um Zweierlei: Es geht natürlich um Besuchererfolg, um relative Reichweite, aber gerade der deutsche und europäische Film steht für unsere Geschichte, unsere Gesellschaft, unseren gesellschaftlichen Mehrwert. Das heißt, die Festivals, und zum Glück fand die Berlinale statt, und der Staat im Kino sind für diese Filme immer noch der beste Erfolg, und das heißt in dieser veränderten Zeit, es muss darum gehen: Wie können wir nicht nur diese Filme produzieren, sondern auch zu einer Sichtbarkeit gelangen? Es geht natürlich darum: Wie erhalten wir die Kulturorte? – und da ist ein Kino vielleicht nicht ganz so teuer wie ein Theater, aber letztlich sind das oft auch traditionelle Gebäude, und es sind nicht nur die Investitionen in digitale Kundenkommunikation oder Lüftungsanlagen, es geht jetzt auch um ökologische Modernisierung im Weiteren. Es muss dann natürlich darum gehen, wenn wir die veränderte Medienwelt sehen – ich sage immer, jeder ist willkommen, hier Geschäfte zu machen, die Richtlinien und Regeln sollte die Politik erlassen –, wie wir faire Rahmenbedingungen schaffen und vor allem, dass Kultur wieder Teil unserer Gesellschaft, Teil im sozialen Gefüge der Stadt wird. Ich glaube, Berlin ist stark. Das Interesse ist groß. Trotzdem ist es für alle Kulturorte wichtig, das trifft nicht nur uns Kinos, aber hier im Medienausschuss die Kinos, dass wir diese wieder auch ganz klar vermittelnd darstellen,

denn das ist das, was für viele die Vision von Berlin ist: Eine Stadt, in der es auch diese kollektiven Räume gibt.

Wie kann man das machen? – Ich habe in dem beigegeführten Papier ein paar Vorschläge gemacht. Es ging zum Beispiel um die Stärkung der Kino- und Programmvielfalt über einen starken Kinoprogrammpreis und ergänzt mit einer referenzbasierten Basisförderung, dass es auch eine Wirtschaftlichkeit darin gibt. Es ist natürlich wichtig, dass es Investitionen gibt. Die Kinos können gerade keine eigenen Investitionen stemmen. Hier ist das Bundesprogramm binnen weniger Stunden überzeichnet gewesen. Da wäre es wichtig, dass das Land Berlin kofinanziert, das unterstützt, so wie es andere Bundesländer auch schon angekündigt haben. Es geht dabei um die Sichtbarkeit von Kultur und Kulturvermittlung beim jungen Publikum. Da hat der Senat Pläne soweit man liest: den Kultursommer, das Kulturticket oder den Kulturgutschein für junges Publikum. Da wäre es wichtig, auch die Kinos als Kulturorte einzubeziehen. Wichtig ist natürlich auch, wenn wir von Kultursommer sprechen, dass ein Kultursommer möglich ist. Vielleicht muss man hier und da beim Lärmschutz noch mal nachjustieren, zumindest für die Kultur und bestimmte Zeiten. Was natürlich perspektivisch in einer Stadt, in einem Immobilien-Monopoly nötig ist, ist die Sicherstellung fairer Gewerbemieten.

Zum Schluss vielleicht und ganz aktuell ein Thema, das mit der Perspektive Kino zu tun hat, nicht politisch in dem Sinne, das sind die Auflagen. Ich kann nur appellieren, und Sie haben es gesagt, Sie treffen sich nächste Woche mit den Ländern, dass in Berlin zumindest die Maske am Sitzplatz wieder fällt. Das war möglich bis Anfang des Jahres, bis zur Delta-Omikron-Welle, und wir wissen, dass bestimmt 30 Prozent der Besucher kommen. Wir gehen jetzt auf eine Zeit zu, wo Kinos ohnehin oft nicht ausverkauft sind. Wir haben nicht eine Vorstellung am Tag, sondern viele. Das heißt, die Abstände sind ohnehin da. Kinos haben raumluftechnische Anlagen, und es gibt zahlreiche Studien, die die Sicherheit belegen. Kinos waren, sind und werden in dieser Pandemie nicht mehr der Treiber sein. In dem Sinne kann ich nur bitten, es ist ein Abend, es kann jeder freiwillig die FFP2-Maske aufsetzen zum persönlichen Schutz, die Regeln sind bekannt. An sich gibt es im Kino keine bekannten Infektionen. Wir leben vom Konsum, und es ist auch den Menschen schwer zu vermitteln, warum sie in der Gastronomie die Maske nicht tragen müssen zwischen den einzelnen Gängen, aber im Kino permanent wieder aufsetzen müssen. Soweit vielleicht. – Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Zeit!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Herr Dr. Bräuer! – Ich sehe Wortmeldungen: Herr Dr. King, Herr Wolff, Herr Goiny, Herr Förster, Herr Otto, Frau Melanie Kühnemann-Grunow. – Herr Dr. King, bitte!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Dr. Bräuer, für die doch eindrücklichen Schilderungen! – Besonders interessant ist, dass wir hier in Berlin oder auch in Deutschland einerseits Hilfen hatten für Ihre Branche und auch für viele andere, die wahrscheinlich europaweit selten sind oder so in dem Umfang vielleicht doch gar nicht möglich waren, andererseits aber auch sehr harte Auflagen hatten. Zwölf Monate Lockdown für Kinos dürfte in Europa eine ziemlich einmalige Angelegenheit gewesen sein. Deswegen finde ich es gut, dass Sie das dargestellt haben, dass man da nicht von zwei Seiten herangehen muss. Das eine sind die Investitionshilfen, die Sie brauchen, und ich glaube, da haben Sie sehr viel Verständnis in dieser Runde, das andere sind dann die Auflagen, denn ohne eine Lockerung werden Sie wahrscheinlich – das können Sie gleich noch mal be-

stätigen, oder auch nicht – nicht wirklich wieder Tritt fassen können. Zum Glück sind in Berlin auch die Coronaentwicklungen günstiger als im Rest Deutschlands. Vielleicht kann man da etwas ermöglichen, aber das liegt jetzt nicht so ganz in unserer Hand.

Sie haben davon gesprochen, dass sich in der Coronakrise einige Trends beschleunigt haben, die es vorher auch schon gegeben hat: die Konzentration am Markt, die Verdrängung durch Multiplexkinos, aber auch, das haben Sie nur in einem Stichwort kurz genannt, natürlich die Frage der Gewerbemieten. In Ihrem Paper, das Sie ausgelegt haben, haben Sie das ein bisschen ausführlicher angesprochen, und das ist auch ein wichtiger Punkt, den wir uns als Koalition vorgenommen haben, nämlich Regulierungen auf Bundesebene zu schaffen, die gegen diese enorme Mietpreissteigerung für Gewerbe vorgehen. Ich hoffe, dass wir dann auch von den Parteien auf Bundesebene Unterstützung bekommen, die jetzt nicht mit an der Regierung sind, denen aber zum Beispiel Kinos und andere kleine Gewerbe auch am Herzen liegen. Da kann man einiges machen: Gewerbemietpreisbremse, die Ausdehnung von Milieuschutzgebieten hier in Berlin, einen Gewerbemietpreispegel. Das sind die Vorschläge. Da würde mich interessieren, wie Sie darauf blicken, was Sie in dieser Hinsicht, was die Gewerbemieten betrifft, von uns, aber auch auf Bundesebene erwarten.

Dann würde ich gerne noch einen Punkt kurz ansprechen, der nicht so ganz direkt mit Ihrer Situation zu tun hat, aber auch wichtig ist. Sie haben auch dargestellt, was eigentlich die gesellschaftliche Bedeutung von Kinos ist. In dieser Zeit, in der wir jetzt leben, fällt mir auch eine weitere Bedeutung ein, nämlich, dass Kulturorte und auch Kinos vielleicht auch etwas Völkerverbindendes haben. Sie sind selber in internationalen Verbänden aktiv, und insofern würde mich interessieren, vielleicht nur ganz kurz, weil es hier nicht das Hauptthema ist, aber irgendwie bewegt es mich eben doch, und ich habe auf Ihrer Homepage gesehen, dass Sie da das auch selber ansprechen, wie Verbindungen zum Beispiel zum Kinoschaffenden in der Ukraine oder auch in Russland sind und wie Sie sich in dem Diskurs positionieren, Verbindungen, zum Beispiel auch Karten, im Kulturbereich zum Beispiel zu russischen Kinoschaffenden. Da gibt es eine Diskussion auch hier im Zusammenhang mit CineEurope 2022, wo zum Beispiel russische Kinoschaffende außen vor sein sollen. Wie sehen Sie das? Welche Möglichkeiten oder Verbindungen haben Sie? Haben Sie vielleicht sogar Hilfsprogramme für Kultur- und Kinoschaffende in der Ukraine, die vielleicht auch unterstützt werden können? – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Wolff!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank auch für den Einblick, Herr Bräuer! – Das fand ich jetzt nicht nur wichtig, sondern was ich ganz interessant finde, ist: Ich möchte gar nicht auf die Gewerbemieten an dieser Stelle eingehen, aber ich kann nur sagen zum kleinen Kino Union bei mir im Wahlkreis: Ich war total erstaunt, welche Bemühungen die vor Ort gemacht haben, um durchzuhalten. Die haben sich so viel einfallen lassen, auch in Kooperation mit den Menschen drumherum, auch mit den kulturellen anderen Institutionen, was ich, ehrlich gesagt, einen sehr guten Ansatz fand. Da wir hier auch im Ausschuss für Engagement sind, denke ich manchmal, dass das auch eine Möglichkeit ist, dass Kinoräume, nicht alle, aber manche, sich dahingehend etwas öffnen, um die jungen Menschen etwas motivierter mit reinzubekommen. Das wäre meine Frage: Inwieweit gibt es eigentlich in der Kinolandschaft so eine Art Kooperation vielleicht auch in die Umgebung hinein, um diese Möglichkeiten zu

schaffen, um dann auch die Werbung fürs Kino wieder mit nach vorne zu bringen? – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Es freut auch uns, dass wir hier einmal mehr mit der AG Kino, mit Ihnen, Herr Bräuer, im Dialog sind. Das hat sich in der Vergangenheit schon als sehr konstruktiv und erfolgreich erwiesen, und da wollen wir auch von unserer Seite gerne weitermachen. Sie haben ausdrücklich erwähnt, an wie vielen Stellen das nach wie vor dringend notwendig ist. Ausgangspunkt unserer ganzen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie war, zu verhindern, dass das Gesundheitswesen und die Krankenhäuser überlastet sind. Wir haben niemandem versprochen, dass er nicht mehr krank wird. Wenn wir an diesem Maßstab festhalten, dann ist es natürlich auch angezeigt, dass man im Lichte der aktuellen Entwicklungen auch wieder denjenigen ermöglicht, tätig zu werden, die wir mit diesen entsprechenden Maßnahmen beschränkt oder ihre Arbeit unterbunden haben. Wir haben gerade im Kinobereich – Sie haben das hinreichend ausgeführt – auch deutlich gemacht, dass das ein ganz wichtiger Teil unseres Kulturlebens in der Stadt ist, ein Teil unserer Kreativwirtschaft, und wir sind alle begeisterte Unterstützer auch der Filmförderung, der Filmproduktion in unserer Region, aber wir müssen auch ein Interesse daran haben, dass die Filme, die produziert werden, auch gezeigt werden können. Da leisten gerade die Arthouse-Kinos einen außerordentlichen Beitrag. Deswegen haben wir auch politisch ein ganz großes Interesse, dass da entsprechend was möglich ist.

Wir haben noch eine beachtliche Rücklage im Land Berlin zur Bewältigung der Coronakrise aus den 7,3 Milliarden Euro Schulden, die wir aufgenommen haben. Wir waren uns bislang auch im Haushaltsausschuss einig, dass das auch zur Bewältigung dieser Krise verwendet werden soll. Deswegen würden wir dem Senat auch empfehlen an der Stelle, darüber nachzudenken, wie insbesondere im Bereich der Kinos aus dieser Rücklage weitere Hilfen in diesem, und ich fürchte auch im nächsten Jahr, im Zeitraum des jetzt zu beratenden Doppelhaushaltes finanziert werden können. Das wäre auch noch mal eine Frage in diesem Zusammenhang an die Senatskanzlei. Ich künde auch schon mal an, dass wir in diesem Zusammenhang auch im Rahmen der Haushaltsberatungen Berichtsaufträge haben werden. Wir haben nicht viele mit hoher Wahrscheinlichkeit, aber das Thema Bewältigung der Coronakrise und wie wird das haushälterisch absichern für die Bereiche, für die wir hier als Ausschuss zuständig sind, gehört auf jeden Fall dazu. Dazu gehört auch, Herr Dr. Bräuer hat es auch angesprochen, die Frage, wie wir mit Sonderveranstaltungen, Veranstaltungsformaten auch die Kinos einbeziehen können in diesem Jahr, und dazu gehört natürlich auch das Thema Lärmschutz. Ich habe es schon in den letzten Jahren nicht verstanden, warum es uns in Deutschland möglich ist, wenn Fußballweltmeisterschaft ist, Ausnahmeregelungen für Gastronomie und Veranstaltungsorte zu schaffen, wo man open Air bis Mitternacht sich über die Erfolge der deutschen Nationalmannschaft freuen kann, dass wir es aber in diesen Zeiten nicht hinbekommen haben, entsprechend befristete Ausnahmeregelungen für Kulturveranstaltungen hinzubekommen. Das hatte ich im letzten Jahr im Hauptausschuss auch schon mal mit dem Kultursenator diskutiert, der da auch ziemlich ratlos wirkte. Auch hier noch mal unsere Bitte an den Senat, sich nicht nur über Kultursommer und Veranstaltungen zu verständigen, sondern auch im Hinblick auf Ausnahmeregelungen, was Lärmschutz und möglicherweise Open-Air-Veranstaltungen anbetrifft, entsprechende Regeln für diesen Sommer zu schaffen. Ich glaube, das ist auch etwas, was hier hilft. Herr Dr. Bräuer hat es eben auch noch mal angesprochen.

Dann würde mich interessieren, inwieweit jetzt die AG Kino auch noch mal neue Kooperationen in Angriff nimmt, um sozusagen ein Benchmark, ein Best-of, an Ideen zu präsentieren, wo vielleicht in anderen europäischen Ländern Ideen und Unterstützungen für die Kinolandschaft vorhanden ist. Vielleicht können wir da von der einen oder anderen Idee auch hier noch mal profitieren und sie mitaufnehmen, damit wir hier auch unsere vielfältige Kinolandschaft unterstützen können. Zu den anderen Punkten, die auch von der AG Kino vorgetragen worden sind, kann ich nur für unsere Fraktion sagen, dass wir die voll und ganz unterstützen und in unsere parlamentarische Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten weiter einfließen lassen werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Danke schön! – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, lieber Christian Bräuer, für den tiefen Gesamtüberblick! – Wir haben uns in der Tat in der letzten Wahlperiode parteiübergreifend sehr intensiv mit dem Thema Kino befasst, und dass wir dieses auch zu Beginn der neuen Wahlperiode tun, zeigt, welche Relevanz das hat. Ich will ausdrücklich sagen, auch in der letzten Wahlperiode sowohl mit Christian Goiny, aber auch mit Karin Halsch, Notker Schweikhardt, Anne Helm und Carola Bluhm ist das sehr gut gelungen, und ich bin mir sicher, dass es mit Melanie Kühnemann-Grunow, Gollaleh Ahmadi und Alexander King ähnlich sein wird, dass wir dieses Thema und auch die anderen medienpolitischen Themen hier auch wieder in größtmöglicher Einigkeit bearbeiten, weil es auch dem Standort Kino gerecht wird und dem Medium Kino, das in Berlin eine besondere Relevanz hat. Ich glaube schon, dass es dieser Bereich auch verdient hat, dass wir möglichst alle an einem Strang ziehen.

Wir hatten es auch beim letzten Mal angemerkt, auch in Richtung Medienbarometer, dass man bei allen rosaroten Wolken, die es am Medienhimmel gibt, gerade die Gattung Kino nicht vergessen darf. Da waren es auch schwierige Zeiten. Vielleicht können Sie etwas zu Umsatzrückgängen sagen, aber auch zur Gefährdung von Kinos. Das war die Eingangsfrage, die auch der Kollege Otto in seinem Eingangsstatement geäußert hatte, inwiefern wirtschaftliche Existenzen auch langfristig gefährdet sind oder einige sogar schon aufgeben mussten. Gerade bei den kleinen Kinos ist es auch noch mal eine Frage der wirtschaftlichen Perspektive, die man nicht außer Acht lassen sollte.

Dann wäre auch noch mal gut zu wissen für uns, gerade auch vor dem Hintergrund dessen, dass wir – da bin ich mir mit dem Kollegen Goiny einig – da auch das Auslaufen der Maßnahmen brauchen, damit Kino wieder in einen Regelbetrieb kommt, dass Sie vielleicht noch mal sagen: Wie sieht es in anderen Bundesländern aus? Nordrhein-Westfalen war immer ein Beispiel, das lobend erwähnt wurde. Auch die Frage zum Schachmatt, 60 Prozent Auslastung usw., wie kann man da im Augenblick überhaupt agieren? Wie stellt sich das wirtschaftlich dar? Ist das Plus minus Null oder noch nicht mal an manchen Tagen? Und natürlich das Thema Verzehr. Ich glaube, es ist allen klar, dass die Kinos davon leben, genauso wie Tankstellen bisher – im Moment ist es anders – auch von ihren Shops gelebt haben. Größtenteils ist es beim Kino genauso, dass sie nicht von der klassischen Kinokarte leben, sondern von Popcorn, Getränken und Ähnlichem, was dort konsumiert wird. Das ist nun mal so. Dass das, wenn das wegfällt, am Platz nicht konsumiert werden kann, ein Problem ist, ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Ich will noch das Thema Investition in die Wettbewerbsfähigkeit, das Sie angesprochen haben, aufgreifen. Das ist, glaube ich, auch wichtig. Vielleicht können Sie uns noch einmal sagen, und zwar gesplittet auf Land und Bund: Welche Programme wären hilfreich? Was erwarten Sie einerseits vom Land Berlin, vom Senat? Was müsste gemacht werden? Welches Programm müsste verlängert, verstärkt oder neu aufgelegt werden? Dasselbe auch in Richtung Bund. Da müssen natürlich die drei Parteien, die an der Bundesregierung beteiligt sind, das noch mal auf die Bundesebene spiegeln, dass wir gemeinsam versuchen, da etwas zu erreichen, weil auch das Thema Kofinanzierung hier im Raume stand. Meistens ist es bei Kofinanzierungen so: Wenn der Bund mehr gibt, erwartet er, dass das Land mehr gibt und umgekehrt. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, dass wir da konkret helfen können.

Das Thema Kinoprogrammpreis, das wunderbare Kino Union in unserem schönen Friedrichshagen, was Frau Kollegin Dunja Wolff schon angesprochen hat, ist ein Beispiel, was dadurch auch sehr gut überleben konnte, weil der Programmpreis verdreifacht wurde. Das Medienboard ist dafür zuständig gewesen. Das ist uns auch berichtet worden von Kirsten Niehuus, dass das sehr gut ankam, weil das unbürokratisch war, weil man vom Medienboard selber gesagt hat: Wir geben mehr Geld für den Programmpreis, und es muss nicht erst ein Antragsverfahren gemacht werden mit 18 Durchschlägen und in 75-facher Ausfertigung. Das war, glaube ich, sehr gut. Wenn wir auf diesem Niveau weitermachen könnten, wäre das sehr hilfreich.

Letzte Frage, weil wir hier auch die profunde Kenntnis haben von jemandem, der sowohl auf der Landesebene für die Kinos spricht als auch auf Bundesebene und europäischer Ebene und auch Präsident des Weltverbands ist. Ich glaube, eine solche Person gibt es weltweit nicht noch mal, die vier Ebenen abdecken kann und den Vergleich zu den anderen Ländern über Europa hinaus. Wie hat es da die Kinos getroffen oder nicht getroffen. Aus Amerika hören wir vor allen Dingen, dass es eine starke Konkurrenz von den Streamingdiensten gibt, von Netflix und Amazon Prime, dass diese Exklusivfristen für Kinofilme wegfallen sollen oder weggefallen sind. Vielleicht kann man da auch mal sagen, wie das den Kinomarkt verändert, gerade wenn auch die großen Länder diesen Exklusivvorteil von Kino nicht mehr haben. Ein positives Gegenbeispiel wäre vielleicht Frankreich, wo es immer ein bisschen anders läuft. Vielleicht können wir dazu noch ein paar Worte hören. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Den Blick über Berlin hinaus hat Herr Förster jetzt schon angesprochen. Herr Dr. Bräuer! Sie hatten vorhin gesagt, die bis dato existierende Parallelwelt von einmal Kino und einmal Streamingdiensten und anderen Kanälen hat sich verschoben zu den Streamingdiensten, weil die nicht zumachen mussten in der Pandemie. Gehen Sie denn davon aus, dass sich das wieder zurückbewegt, dass sozusagen der Kinoanteil wieder größer wird, oder muss man sich auf ganz andere Effekte vielleicht einstellen, dass man sagt, es gibt einen Teil Filme, die laufen beim Streaming, und ein Teil ist nur im Kino zu sehen. Das würde mich als Ihre Einschätzung interessieren, denn das schlägt letztendlich durch auf die ganze Branche, und die ist für Berlin – das haben wir hier, glaube ich, alle deutlich gemacht – sehr wichtig.

Eine zweite Frage: Ich habe herausgehört, die Multiplexe machen quasi mit Dumpingpreisen den Markt – kaputt will ich jetzt nicht sagen –, aber ich weiß nicht wie Sie es ausgedrückt

haben. Das heißt aber, dass sich die scharfe Konkurrenz zwischen den großen Kinos, den Multiplexen und den Arthouse-Kinos noch verstärkt. Fürchten Sie denn, dass die Multiplexe das gewinnen und die anderen Kinos irgendwann weg sind, oder geht es hier auch um Qualitätsfragen? Wer macht das bessere Programm? Das würde mich interessieren, wie da Ihre Einschätzung und Ihr Blick in die Zukunft aussieht. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Kühnemann-Grunow!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Çağlar! – Herr Dr. Bräuer! Herzlich willkommen im Namen der SPD-Fraktion hier bei uns im Ausschuss! Ich kann direkt an meine Vorrednerinnen und Vorredner anschließen. Kinos sind in der Pandemie mit am stärksten betroffen gewesen, und das, was Herr Otto gerade noch mal gesagt hat, Streamingdienste wie Netflix und Co., ob sich da das Rad noch mal zurückdrehen lässt, stelle ich anheim. Wir haben alle gesehen, dass im Endeffekt die Pandemie noch mal ein Brandbeschleuniger war, was die Streamingdienste anging, die Nutzerzahlen in die Höhe geschossen sind. Und wenn man inzwischen sieht, wie viele Milliarden Umsatz die Streamingdienste in Quartalen machen, dann weiß man, was das für eine Marktmacht ist, die hier sozusagen reindrückt. Deswegen noch mal zu den fairen Rahmenbedingungen. Ich würde gern auch normal das Thema Verwertungsketten ansprechen, weil die in der Vergangenheit auch immer kürzer geworden sind. Früher kannte man es so, dass ein Film erst in den USA erschienen ist und dann irgendwann später hier in Deutschland im Kino. Dann gab es Sperren, bis der Film überhaupt auf DVD erscheinen durfte, und irgendwann kam er dann im Fernsehen. Das hat sich alles massiv verändert. Heute ist das alles viel kürzer von den Strecken her. Wenn es darum geht, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, ist es natürlich auch immer für uns als Politikerinnen und Politiker wichtig: Was können wir machen an der Stelle? Nicht nur fromme Wünsche, sondern vielleicht gibt es da Erfahrungswerte aus anderen europäischen Ländern. Da haben Sie ja den Überblick, weil Sie auch international unterwegs sind.

Dann hätte ich noch eine Frage: Herr Goiny hatte etwas zu Sonderveranstaltungsformaten gesagt, dass wir uns natürlich wünschen, dass die Kinos auch ein Stück weit partizipieren, und auch an dieser Stelle würde ich das gerne mitnehmen, um das auch in effektives Handeln ummünzen zu können. Wie meinen Sie – Sie hatten den Kultursommer angesprochen, den wir planen, der Kultursommer ist im Wesentlichen im Etat der Senatsverwaltung für Kultur – könnte ein Beitrag der Kinos im Rahmen dieses Kultursommers sein? Ist beispielsweise auch ein Berliner Kinosommer denkbar? Was könnte da das Angebot sein, weil das dann auch ein Vorschlag oder ein Beispiel wäre für eine Programmatik, die man dann mit in den Kulturausschuss nehmen kann, um zu gucken, wie man da die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure an einen Tisch bringt. Wir haben im Koalitionsausschuss das ganze Thema rund um die Sommer Berlinale. Die war sozusagen eine Möglichkeit innerhalb der Pandemie, noch mal die Möglichkeit zu schaffen für Kinos, noch mal das Programm der Berlinale zu zeigen.

Wir haben dazu auch eine Aussage im Koalitionsausschuss und sind jetzt ein Stück weit am überlegen, wie man das am besten umsetzt, weil wir auch wissen, dass die verschiedenen Festivals und Filmpreise über das Jahr durchgetaktet sind, was da vielleicht noch mal denkbar wäre, dass man Filmen, die in der Berlinale gelaufen sind, dann im Sommer noch mal eine Möglichkeit gibt, sie noch mal ins Zentrum zu stellen. Es sind hunderte von Filmen, die während dieser kurzen Phase der Berlinale laufen.

Meine letzte Frage zum Thema Maskenpflicht richtet sich eher an die Senatskanzlei. Ich verstehe dieses Ansinnen, dass die Maske im Kino schwierig ist. Im Kino wird verzehrt. Ich glaube, jeder Zweite isst wahrscheinlich im Kino Popcorn oder Ähnliches. Von daher ist es auch immer eine zusätzliche Einnahme für ein Kino, nicht nur vom Ticketerlös die Ausgaben zu bestreiten, sondern letztendlich auch durch das, was verzehrt wird. Von daher vielleicht noch mal die Frage, in Restaurants haben wir den Umstand, dass, wenn entsprechend getestet oder Ähnliches ist, die Maske am Tisch nicht mehr Pflicht ist, ob das auch eine Option für die Kinos sein kann für die mittelbare Zukunft. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Zum Schluss noch mal Herr Dr. King!

Dr. Alexander King (LINKE): Danke! – Nur ganz kurz: Eine Frage ist mir noch eingefallen im Zusammenhang mit dem Thema Kino versus Streaming. Welche Rolle spielen diese neuen Formate wie York On Demand und Indiekino Club? Ist das hilfreich? Vielleicht können Sie da eine kurze Perspektive auf die Erfahrungen damit geben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Dr. Bräuer, Sie haben das Wort!

Dr. Christian Bräuer (Gilde deutscher Filmkunsttheater e. V.; Vorstandsvorsitzender der AG Kino): Vielen Dank für die vielen Nachfragen und das große Interesse, das damit zum Ausdruck kommt! – Ich gehe jetzt der Reihe nach vor, weil ich mitgeschrieben habe. Vielleicht fasse ich Dinge gleich zusammen, wenn es mir einfällt und möglich ist.

Zuerst zu Herrn Alexander King: Vielen Dank! Es ging da um die Hilfen, und da muss man dann unterscheiden. Es wurde deutlich: Hilfen sind keine Förderprogramme. Hilfen führen dazu, dass Kinos und andere Orte, die gefördert werden, nicht untergehen, nicht in die Insolvenz gehen müssen, es bildet aber nicht die Möglichkeit, tatsächlich zu investieren, Darlehen zu tilgen etc. Das ist nicht möglich. In Deutschland ist es gut. Es ist insgesamt in Europa relativ gut, wobei im Westen besser als im Osten und Süden. Das ist vielleicht auch keine ganz neue Erkenntnis. Man sieht dann natürlich immer, wie stark Frankreich Kinoland ist. Frankreich hatte schon immer deutlich mehr Kinoförderung, hatte einen schon immer deutlich größeren Schutz seiner Produktionslandschaft mit einem Ertrag. Es gibt noch viel mehr Kinos, und es werden viel mehr französische Filme gezeigt. Es werden viel mehr französische Filme exportiert. Das Ganze ist eine Summe aus Förderung, Schutz und Regeln, was die Franzosen haben. So hatte das auch mal Herr Fischer gesagt. Ich bin froh, dass die Berlinale stattgefunden hat, aber in Berlin hat man die Regeln zur Berlinale verschärft. Ich bin sicher, wenn Cannes im Februar wäre, und man hätte gesagt, wir wollen jetzt eh bald lockern, wären die Kinos der allererste Bereich. So war es zumindest letztes Jahr in Cannes. Da wurde rechtzeitig für Cannes alle möglichen Regeln gelockert. Das kann jeder für sich entscheiden, welches Risiko er eingeht, aber da merkt man natürlich, für Frankreich ist der Film auch ein Produktions-, Wirtschafts- und Kulturgut, und das ist es hier in der Hauptstadt auch. Es ist kein kleiner Fak-

tor. Die Kultur-, Kreativ- und Filmwirtschaft und auch die Kinos beleben die Kiezkultur und damit den einen oder anderen Nachbargastronom. Es waren knapp 10 Millionen Leute 2019 im Kino. Kein anderes Kultur- und Freizeitangebot wurde so häufig genutzt, nicht Sport oder sonst was, und das einzige, das in allen Altersgruppen, Geschlechtergruppen, Bildung oder was auch immer erfasst wurde, mehr als die Hälfte erreicht hat. Es ist tatsächlich etwas, was eine Akzeptanz hat.

Zu den Gewerbemieten: Das ist ein Problem. Das ist ein Problem in der Hauptstadt. Das ist ein Problem in den Großstädten, wo die Mieten massiv steigen. Ich sage immer gerne: Augen auf beim Häuserkauf. Es gab schon das eine oder andere Kino in der Stadt, da musste Klaus Wowereit aktiv werden. Das war bei uns zweimal der Fall. Das war Michael Müller beim Moviemonto, wo dann sehr schnell Kündigungen kommen, wo sehr schnell Mietpreissteigerungen kommen, die utopisch und nicht zu erwirtschaften sind. Da sind die Bezirke zum Teil auch aktiv. Wenn man jetzt sagt: Wie wollen wir unsere Stadt entwickeln, dann sind es natürlich die Wohnungsmieten, aber es sind natürlich auch die Gewerbemieten. München hat dazu auch schon mal ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wichtig ist, das im Blick zu behalten. Bei Theater- und Kudambühnen war es ähnlich.

Vielen Dank für den Hinweis zur gesellschaftlichen Bedeutung der Kinos. Die Rolle des Kinos hat sich nicht verändert. Davon bin ich fest überzeugt. Kinos sind ein Teil der Kieze, der Nachbarschaft. Sie sind elementar für die Filmwirtschaft. Das war immer wieder die Frage: Was ändert sich an Filmen? Die Streamer produzieren in der Regel für sich, so wie das Fernsehen in der Regel für sich selbst produziert. Das heißt, für den unabhängigen Film bleibt das Festival, der Start im Kino elementar. 2019 klingt wie Steinzeit, ich weiß es, aber wenn wir uns die vielen Filme, die wir hatten, anschauen, ob das „Systemsprenger“ oder „Parasite“ war, ob das ein „Toni Erdmann“ war oder viele andere, ohne Festival, ohne Kinos bei einer reinen Onlinevermarktung hätten diese Filme niemals so viele Besucher gehabt und niemals diese Reichweite erzielt. Da geht es um die gesellschaftliche Reichweite, aber auch um den wirtschaftlichen Erfolg. Die Streamer sind nur begrenzt da. Von daher bringen wir nicht nur Filmkunst in die Nachbarschaft, wir schaffen es auch, dass Filme zum Phänomen werden können.

Ukraine war eine Frage: Wir stehen in Kontakt. Es gibt leider nur wenig Filmkunstkinos in Russland, in Weißrussland, in der Ukraine. Unsere russischen und belarussischen Partnerkinos sind geschlossen und haben sich alle sehr deutlich gegen den Krieg positioniert. Der Vorsitzende des russischen Kinoverbands ist aus Protest gegen den Krieg zurückgetreten. Das ist eine verheerende Situation. Wir sind im Austausch. Das geht natürlich über Spendenaktionen, über den Hinweis auch beim Publikum. Das muss man sicherlich noch besser koordinieren. Wir zeigen Filme aus der Ukraine und spenden all das Geld. Da muss man jetzt im nächsten Schritt schauen, das sind jetzt alles erste Maßnahmen: Wie bekommen wir das gebündelt? Wir bieten mit der Yorck Kinogruppe Filme für Geflüchtete an, die hier ankommen, dass wir da Sonderstreamings für diese Menschen haben. Es ist vermutlich auch nicht gerade das aufregendste Leben, wenn man hier ankommt. Das sind sicherlich Themen, die ganz zentral sind. Ich glaube, jeder geht davon aus, dass uns das beschäftigen wird. Klar geht es auch darum, aus meiner Sicht, ganz zentral den Kontakt zur russischen Zivilgesellschaft aufrecht zu erhalten. Da sind wir immer auch über einen Austausch und einen Rat von anderer Seite, die vielleicht auch andere Insides hat, dankbar.

Frau Wolff, Sie haben das tolle Union Kino erwähnt. Ich mag das sehr. Da könnte man jetzt viele andere Kiezkinos an die gleiche Stelle setzen. Es ist uns im ersten Lockdown gelungen, zusammen als Kinos, auch wenn wir manchmal im Wettbewerb sind und gemeinsam die „Fortsetzung folgt“ Kampagne zu sein, im Austausch zu bleiben. Manchmal haben bei uns Leute Gutscheine gekauft oder sogar einzelne Leute 10 Euro monatlich überwiesen. Dieses Bekenntnis ist ganz toll, es ersetzt leider nicht die Förder- oder Hilfsprogramme. Wenn es darum geht, mehr junges Publikum in die Kinos zu holen, ist es die zentrale Aufgabe, die wir haben, mehr fürs junge Publikum zu tun. Warum? – Erstens sind die jetzt zwei Jahre mehr oder weniger ohne Kulturorte, ohne Sportorte etc. Da muss man das zurückführen. Es geht aber auch um Filmverständnis, um Filmvermittlung. Es geht darum, dass ich den audiovisuellen Content verstehe. Frankreich – wieder ein Beispiel – hat schon während der Pandemie das Kulturticket aufgelegt und jetzt den Fonds Junges Cinéphilie aufgelegt, dass Kinos gezielt gewisse Filme bewerben. Was wir gerade sehen seit dem zweiten Lockdown, ist, es kommt ein junges Publikum zurück, und es kommen Menschen, die vor der Pandemie nicht da waren. Es ist also nicht so, dass zum einen jemand, der das Streaming hat, und das hat heute jeder, fürs Kino verloren ist, dass die Menschen sagen: Kino interessiert uns überhaupt nicht. Eher ist die Frage: Gibt es eine Chance, junge Cinéphilie daraus zu machen. Das ist natürlich Frankreich mit seinem industriepolitischen Ansatz. Ich kann sagen, wir beobachten das bei Multiplexen, bei Arthouse-Kinos, bei kleinen Kiezkinos in gleicher Weise.

Christian Goiny: Vielen Dank! – Bei den Auflagen kam ja jetzt verschieden – – Es gab immer wieder ganz klare Fragen: Wie reagieren Sie, wenn wir die Maskenpflicht nicht haben? – Da haben 40 Prozent gesagt: Dann gehe ich nicht mehr ins Kino, und die Zahlen sind eingebrochen. Das wird nicht alles eins zu eins die Maskenpflicht sein, das sind auch Testnachweise. Das ist natürlich eine steigende Vorsicht, aber es hat sich ausgewirkt, und gerade Kinos, die oft vom Spontanbesuch leben, auch vom regelmäßigeren Besuch, vielleicht überlege ich mir das – – Ich kann nur appellieren: Die Studien sind bekannt. Ich bin sicher, dass man kein Risiko eingeht, indem man am Sitzplatz, das geht nicht bei Bewegungsflächen, auf die Maskenpflicht ab dem 20. März verzichtet.

Lärmschutz ist ein ganz zentrales Thema. Letztlich geht es um jede 5 Dezibel oder besser natürlich mehr und für bestimmte Zeiten. Ähnlich wie beim Fußball geht es darum, dass Kultur im Sommer möglich ist. Das Freiluftkino hat den Nachteil, es muss dunkel werden. Ich kann nicht abends um 18 Uhr anfangen. Da wäre es sehr gut, wenn man da nach Lösungen sucht. Ich weiß, wie die Berlinale im letzten Sommer gekämpft hat. Ich weiß, wie wir mit dem Schloss Charlottenburg von verschiedensten Parteien angesprochen wurden, wie toll es ist, dass wir da Sommerkino machen. Am Schluss hatten wir die finale Genehmigung mehr oder weniger Wochen nach dem Start. Wir hatten ein großes Entgegenkommen bei der Verwaltung – ich kann da überhaupt nichts sagen. Aber vielleicht gelingt es da auch, ähnlich wie bei der Produktion, einen One-Stop-Shop zu machen, um Kinos und andere Kulturorte bei Genehmigungen in einer bestimmten Zeit im Sommer zu unterstützen.

Best-of der Unterstützungsmaßnahmen können wir schicken. Allen voran, kann man immer ganz klar sagen, ist da natürlich Frankreich, aber zum Beispiel auch Großbritannien hat sehr viel getan, gerade fürs junge Publikum, um sie einzubinden, gerade auch für mehr Diversität im Film, im Publikum und auch für die Unterstützung der unabhängigen Kinos. Da kann man gerne ergänzende Informationen nachtragen.

Stefan Förster: Ich versuche, jetzt nicht alles zu wiederholen. Wenn ich jetzt auf Teilfragen nicht eingehe, dann bitte ich, das zu verstehen. Vier Bundesländer haben schon keine Maskenpflicht mehr. Teils geht es hin und her. In Bayern hat man das erlebt vom Team Vorsicht zu auf einmal vieles ist möglich. Wir sehen, dass wir mit Auflagen mit Augenmaß, die hatten wir bis in den Dezember hinein, weiterkommen. Vielleicht einen Punkt auch da noch, was gegen die Maskenpflicht spricht: Berlin hat als einziges Bundesland eine schöne Regelung für die Theater gemacht, damit während der Delta- und Omikronwelle der Pausenverzehr weitergehen konnte. Das war wirklich eine Lex Theater, und es hätte sich vielleicht, wenn es ein Gastronom gesehen hätte, dahinter klemmen können. Wenn wir jetzt eine Lex Kino schaffen als Kinostadt, dann wäre das ganz angemessen. Mit dem Medienbarometer, mit Janine Koch, bin ich in Kontakt. Ich finde es gut, Chancen und Risiken miteinander abzugleichen.

Wenn man dann den internationalen Markt ansieht, sehen wir die Kinoentwicklung. In den USA sind verschiedene Kinos gestorben. In den USA werden Arthouse-Kinos von Multiplexen übernommen. Bei uns beschwert sich German Films, dass sie gar nicht mehr wissen in Ländern außerhalb der Europäischen Union, wohin sie die deutschen Filme verkaufen sollen, weil gerade da viele kleine Kinos geschlossen haben, weil dort die Förderprogramme gefehlt haben. Was das Zukunftsprogrammkinos betrifft auf Bundesebene, das ist das einzige echte Förderprogramm gerade auf Bundesebene neben den Hilfsprogrammen. Zum Verständnis: Das fördert Investitionen in einem bestimmten ohnehin schon begrenzten Bereich bei Kinos, und das ist jetzt keine Sensation, dass die Mittel für dieses Programm für dieses Jahr binnen Stunden überbucht waren. Das ist ein großes Problem. Hier sucht der Bund nach Regeln. Ursprünglich war es ein Kofinanzierungsprogramm. Die ursprüngliche Idee war, dass Bund und Länder ineinandergreifen. Dann hat es der Bund in der Pandemie für sich übernommen. Jetzt ist die Frage, wie da die Länder das mitunterstützen können, dass es nicht zu Verwerfungen führt, denn jedes Kino, das jetzt nicht gefördert wird, wird um ein Jahr verschoben, und das verschiebt einfach nur die Probleme in die Zukunft und löst leider nichts.

Herr Otto und vielleicht Frau Melanie Kühnemann-Grunow – viele Fragen zum Kino-streaming: Ich habe es gesagt, die Koexistenz gab es vorher. Dass mit dem Streaming ein ganz neuer Partner kommt, der bleibt, ist klar. Das ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Kinos. Es kam das Fernsehen, es kam die Videokassette, dann irgendwann die Raubkopien im Internet, jetzt ist es das Streaming. Wir haben sehr viel diskutiert, gerade vor der Pandemie, über die Zusammenarbeit mit Netflix und Kino, weil Netflix ein sehr aggressives Geschäftsmodell betrieben hat, das darauf zielte, die Nummer 1 im globalen Streamingmarkt zu sein. Jetzt sehen wir da einen ganz großen Kampf, als Streamingkrieg wird es oft bezeichnet, und man spricht aber auch gerade von der Streamingblase, weil wir gar nicht wissen: Wohin entwickelt sich das? Wo wird es welche Übernahmen geben? Wird da noch so viel weiter produziert? Im Wesentlichen produzieren die Streamer für sich. Punktuell kaufen sie ein, weil sie müssen. Die Kinos stehen dann wesentlich für unabhängige und gezielt fürs Kino gemachte Filme. Das sah man auch im letzten Jahr nicht nur im Arthouse-Markt. Auch ein „Bond“, ein „Dune“, ein „Spiderman“, das sind alles Filme, die gezielt fürs Kino herausgebracht wurden, nicht zeitgleich auf Plattformen, wo es echte Kinostrategien gab, und das waren die erfolgreichsten Filme. Spiderman war der erfolgreichste Filmstart in den USA, und China hatte auch den erfolgreichsten Kinostart in seiner Geschichte. Das heißt, die Medienwelt ist noch mal größer geworden. Sie dehnt sich aus. Natürlich gibt es einen Wettbewerb um Zeit und Budgets. Was sehe ich aber bei uns? – Je öfter die Leute ins Kino gehen, desto mehr Abos haben sie. Jetzt ist die Frage: Wird man durch viele Abos zum Kinogänger, oder liebt man

vielleicht Filmkunst so sehr wie mancher das Stadion und hat trotzdem vielleicht gleich zwei Sportabos? Da ist durchaus, wenn man Kino als Kulturgut ernstnimmt, auch ein Potenzial und durchaus eine Win-Win-Situation. Wir würden uns das sehr wünschen. Ich kann nur sagen, Frankreich hat auch das jetzt gemacht. Frankreich hat die Ratspräsidentschaft genutzt, um zu sagen: Wie bewahren wir die Unabhängigkeit unserer Filmwirtschaft, Produzenten, Verleiher, Kinos, unabhängiges Fernsehen zur Sicherung der kreativen Vielfalt? – und hat eines gemacht, es hat die Auswertungsfenster für Kinos weiter geschützt, und zwar für alle, nicht nur für national geförderte Filme, und es mit Investitionsverpflichtungen verbunden. Netflix hat sich verpflichtet, echte Kinofilme bei unabhängigen Produzenten in französischer Sprache in Höhe von 40 Millionen Euro auszugeben. Vielleicht ist das auch ein Ansatz. Es ist dann natürlich mehr die Bundesebene, aber die Länder sind über den Bundesrat beteiligt, dass man auch da angeht: Wie kann man da Geschäfte machen, Abgabenverpflichtungen stärker zusammenbringen in diesem Markt? Wenn es Yorck On Demand und verschiedene andere kleinere Kinos on demand, CVD und kleinere Plattformen gibt, dann ist das eine Chance oder eine Hoffnung, um kleinen Filmen ein Weiterleben nach dem Kino zu geben, denn das bekommen Sie oft gar nicht mit. 80 Prozent der Filme sind nach dem Kino weg. Die werden Sie vermutlich auf keiner Plattform finden. Dieser große Markt bedient die Großen. Das ist nichts Neues. Das war schon immer so. Im Videomarkt waren die Filme erfolgreich, die im Kino erfolgreich waren. Das hat sich jetzt noch mal bestärkt. Von daher geht es darum, gemeinsam mit Produzenten, Verleihern neue Geschäftsmodelle zur Entwicklungssichtbarkeit für diese Filme zu schaffen.

Zum Kultursommer, Kulturticket, Frau Kühnemann-Grunow, zum Abschluss: Wichtig wären für uns unbürokratische Regeln. Kultursommer ist klar. Berlin ist auch Freiluftkinostadt. Vermutlich auch Welthauptstadt der Freiluftkinos. Auch da gibt es diese Spielstätten. Wie sehr es sich eignet, eine Berlinale zu wiederholen, das glaube ich nicht, dass man noch mal ein Best-of einiger Gewinnerfilme macht, vielleicht schön mit Gästen, mit dem Berlinale-Team, wäre sicherlich schön. Wichtig ist, bei Kulturtickets oder Sommerkinos, dass man die Kinos berücksichtigt. Wir ticken da manchmal anders als die großen Kulturorte, weil der Kinobesuch oft spontan ist und nicht Wochen im Voraus geplant und das Ticket auch sehr günstig ist. Das heißt, da brauchen wir Durchführungswege, die einfach sind und vielleicht wäre für Berlin eine Vision. Es gibt in Amerika ein Festival, das heißt South by Southwest. Das ist in Austin. Da reisen inzwischen das Bundeswirtschaftsministerium und Co. hin. Die machen ein Event. Da sind alle zusammen. Das ist Kino, Theater, Lesungen. Da finden politische Diskussionen statt, natürlich kulturpolitische. Da geht es um die Weiterentwicklung des Marktes. Vielleicht müsste man am Flughafen Tempelhof in Zukunft mal ein solches Festival machen und sagen: Wir haben die Kultur. Wir bringen die Kulturschaffenden aus verschiedenen Sparten zusammen. Wir feiern uns als Stadt selbst mit DJ dort, mit verschiedenen Veranstaltungen in den Kiezen. Vielleicht wäre das eine Vision für einen Kultursommer auch in Zukunft in einer postpandemischen Zeit. Ich hoffe, ich bin auf die Fragen eingegangen und bedanke mich.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich nehme an, die Senatskanzlei, Herr Dr. Fischer, hat noch etwas zu ergänzen.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKZl): Vielen herzlichen Dank! – Vielen Dank auch an Herrn Dr. Bräuer! Wir sind im steten Austausch und versuchen uns gegenseitig darüber abzustimmen, wie es der Kinolandschaft in Berlin so geht und was die Bedarfe sind. Ich kann auch

ganz persönlich sagen, ich glaube, Kino ist der gesellschaftliche Ort, wo Menschen zusammenkommen und dem Film begegnen und gleichzeitig miteinander dem Film begegnen. Man kann die Berlinale als ein großes Event sehen, aber das ganze Jahr findet die Berlinale im Kino statt, und deswegen sollten wir darauf auch ein ganz besonderes Augenmerk legen.

Ich will nur kurz einige der Dinge ansprechen, die wir in den letzten Wochen und auch der Vorgängersenate angestoßen hat, die auch wichtig gewesen sind für die Zusammenarbeit und die Unterstützung der Kinos. Wir haben zum einen auf Bundesebene die Verlängerung des Sonderfonds Kultur, der bis zum Ende 2022 läuft. Dafür haben wir uns als Berliner Landesregierung sehr eingesetzt, dass das auch erfolgt. Hier sind jetzt im Bereich des Kinos 85 Anträge im Umfang von 2,6 Millionen Euro ausgereicht worden. Das sind Mittel des Bundes, das ist richtig. Wir setzen die aber im Land um und haben damit sozusagen auch eine Verantwortung in diesem Gesamtbereich. Dann ist der Kinoprogrammpreis natürlich ein wichtiges Instrument, das auch in der Pandemie sehr geholfen hat, um die Kinolandschaft zu erhalten. Wir haben im Haushaltsentwurf, den wir in der nächsten Sitzung diskutieren, dafür auch Vorsorge getroffen, dass das weitergehen kann. Wie im Detail dass in Zusammenarbeit mit dem Medienboard noch funktionieren muss, müssen wir, wenn wir die endgültigen Zahlen haben und Sie sich damit beschäftigt haben, auch noch mal sehen. Aber meine Vorstellung ist auf jeden Fall, dass es uns gelingt, gleichzeitig ein Förderprogramm für die Kinos und den Kinoprogrammpreis aufzusetzen. Dann gibt es noch eine kleine Förderung für die Kinoinvestitionen, die auch über das Medienboard läuft. Da müssen wir auch sehen im Laufe der Haushaltsverhandlungen, wie das weitergeht. Das ist auch noch mal ein wichtiger Punkt. Insgesamt hatte Herr Goiny richtigerweise gesagt, müssen wir uns anschauen, was wir aus der Coronarücklage auch noch mal dafür verwenden können, um die Situation in der Kulturlandschaft angemessen zu berücksichtigen. Dazu zählen aus meiner Sicht natürlich auch die Kinos. Für uns ist bei der Investitionsförderung vor allem wichtig, dass wir uns anschauen müssen: Was hat der Bund jetzt gemacht? Was setzt der Bund auf? Wo sind die Lücken, die wir als Landesregierung schließen können? Mein Eindruck ist, dass das in der Pandemie ganz gut funktioniert hat, dass das Land Berlin da eingegriffen hat, wo es aus unserer Sicht Förderlücken gegeben hat. Das wollen wir jetzt auch für dieses Jahr weiter fortsetzen.

Dann ist ein Thema angesprochen worden, dass mir ein großes Anliegen ist, dass wir den Kultursommer dieses Jahres dafür nutzen, um auch noch mal für das Kino und natürlich auch für das Open-Air-Kino insbesondere Werbung zu betreiben. Das wird in unterschiedlichen Formaten funktionieren. Da sind wir auch in der Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa, um die Rolle der Kinos dabei angemessen zu berücksichtigen. Gleiches gilt auch für die Idee, mit Kulturtickets oder Kulturgutscheinen zu arbeiten, sodass die dann auch zugänglich sind für diejenigen, die Kinos besuchen wollen. Das halte ich für ganz essenziell, um die Breite der Kulturlandschaft in Berlin abzudecken.

Vorletztes Thema rund um Gewerbemieten: Das trifft nicht nur die Kinos, sondern ist ein Thema, das in der gesamten Stadt auch für andere Kulturbereiche und soziale Einrichtungen ebenso ein Thema ist. Da weiß ich von den Kolleginnen und Kollegen, die im Stadtentwicklungsbereich sind, dass es ein präsent Thema ist und sie sich damit auseinandersetzen. Wir werden da für die Kinos sicherlich auch noch mal ein Wort einlegen, dass man darauf zu achten hat, dass die bei den wenigen möglichen Maßnahmen, die wir als Land in dem Bereich haben, das muss man ehrlicherweise auch immer dazu sagen, dann auch hinreichend Berücksichtigung finden.

Rund um das Thema Lärmschutz würden wir auch noch mal bei der zuständigen Senatsverwaltung bzw. vor allem dann auch mit den Bezirken ein Gespräch führen. Das haben wir bei anderen Themenkomplexen auch. Die deutsche Nationalmannschaft war jetzt nicht der Anlass für große Lärmbelästigung in den letzten Jahren, aber ich weiß auch sehr genau, dass es für andere Bereiche Ausnahmen gibt, die es für das Freiluftkino nicht gibt, und das müssen wir dann einfach schauen, dass das auch so funktioniert. Wenn Sie da Hinweise haben, nehme ich die gerne auf, um den direkten Kontakt mit den Bezirken zu suchen, wenn es da Probleme gibt. Ich habe manchmal das Gefühl, das läuft einfach so, und wenn man einmal anruft und fragt, warum es ein Problem gibt, dann passiert es häufig, dass es danach kein Problem mehr gibt. Insofern kann ich auch nur anbieten, das auch in Zukunft so zu tun.

Ein allerletztes Thema: Pandemie. Darüber unterhalten sich Herr Bräuer und ich auch immer wieder. Das ist in der Tat eine gewisse Schwierigkeit bei der Frage: Wie gehen wir mit den Kinos selbst um? Wir haben nicht mehr die Schachbrettmuster, sondern wir können voll besetzen – das nur noch mal zur Klarstellung –, dafür aber mit Maske und neuerdings 3G-Bedingungen, was es jetzt auch noch mal mehr Leuten ermöglicht, einen Kinobesuch wahrzunehmen, aus den unterschiedlichsten Gründen. Wir haben jetzt sozusagen mehr Publikum, das kommen kann. Ich habe gerade gesagt, dass die Gesamtlage sich zum 19. März ohnehin noch mal verändert. Da könnten auch die Wünsche und Forderungen von Herrn Bräuer sehr schnell in die Realität umgesetzt werden. Soviel kann man da jetzt wahrscheinlich schon sagen. Das ist sozusagen das eine.

Ich will aber auch einmal auf die andere Seite zu sprechen kommen, weil es natürlich immer einfach ist, zu sagen: Es gibt diesen Bereich, der unbedingt ausgenommen werden müsste. Wir müssen aber natürlich über die Bereiche, und das ist mein Job in manchen Teilen, auch schauen: Haben wir denn eine Ausgewogenheit der Maßnahmen? Sie wissen alle, wir haben immer noch die Maskenpflicht in den Schulen, wo Kinder nebeneinander sitzen über mehrere Stunden, und wir von ihnen erwarten, dass sie dabei Masken tragen. Wir müssen einfach die Verhältnismäßigkeit wahren. Ich weiß, es gibt auf der anderen Seite die Gastronomie, in der es keine Masken gibt und wir da sozusagen eine größere Offenheit haben. Wenn wir Maßnahmen verständlich erklären wollen, dann sind es natürlich immer diese Gegenbeispiele und der Druck, der von beiden Seiten kommt, was wir irgendwie berücksichtigen müssen. Deswegen ist es im Moment noch gar kein böser Wille. Ich glaube, die Kulturszene hat verstanden, dass das jetzt noch ein paar Tage beibehalten werden muss. Wir werden dann in der kommenden Woche darüber beraten, wie es weitergeht. Die Botschaft ist auf jeden Fall angekommen, und wir versuchen, dass wir da auch gute Lösungen finden. Wir sind, nebenbei gesprochen, nicht das einzige Bundesland, das das macht. Wenn ich mir hier meine Tabelle anschau, dann sind immer noch zwölf Bundesländer mit der Maskenpflicht am Platz auch im Kino unterwegs. Das heißt jetzt nicht, dass wir in Berlin irgendwie ein Einzelfall sind. Aber, wie gerade schon gesagt, das Thema ist angekommen, und wir wissen auch um die Problematik, die es mit der Kundschaft mit sich bringt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Goiny hat eine Frage.

Christian Goiny (CDU): Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Sie das Problembewusstsein für die Senatskanzlei noch mal geschildert haben. Aber ich muss doch noch mal eine Zwischenbemerkung machen. Der Maßstab ist ja nicht, ob in Schulen Masken getragen werden, sondern der Maßstab für die Maßnahmen ist ja, ob das Gesundheitswesen überlastet ist und deswegen diese ganzen Grundrechtseingriffe erforderlich sind. Mit diesem Verhältnis muss sich der Senat auseinandersetzen, ob das vor dem Hintergrund noch gerechtfertigt ist, nicht, ob die Schüler noch Masken tragen. Das ist nicht der Punkt. Ich glaube, wenn wir das heute nicht ändern, ist doch aber heute der Zeitpunkt, um darüber zu diskutieren, ab wann wir es ändern. Das wäre noch mal unsere Bitte an den Senat. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Fischer!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl): Ja, natürlich. Ich bin da ganz bei Ihnen. Das ist nicht der Maßstab, aber wir müssen in der Vergleichbarkeit eine Balance wahren. Natürlich findet das Infektionsgeschehen an sehr vielen unterschiedlichen Orten und im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt statt. Wir haben heute – nach den aktuellen Zahlen von gestern – eine Inzidenz von ungefähr 900, das ist ja nun auch nicht nichts. Auch damit müssen wir uns weiterhin auseinandersetzen. Die Zusage ist ja gerade gekommen, und ich finde es auch richtig, dass wir das hier diskutieren. Bei den beiden Stellschrauben, die wir haben, den Nachweisen und den Masken, sind wir bei den Nachweisen dazu gekommen, dass wir es jetzt mehr Menschen ermöglichen, wieder ins Kino zu gehen. Das war der erste Schritt. Die Alternative wäre gewesen, mit 2G+ zu arbeiten und dann ohne die Masken. Wir haben uns jetzt für den Weg entschieden. Ich glaube, das ist auch noch mal, was die Grundrechtseinschränkungen angeht, bei der Frage, ob wir Ungeimpften den Zugang zum Kino verwehren, eine andere Frage, als ob wir von allen erwarten, dass sie eine Maske tragen. Das sind immer die Parameter, mit denen wir spielen müssen. Meine Aussage dazu steht. Wir haben auch auf der Bundesebene gemeinsam beschlossen, dass der nächste Schritt zum 19. März stattfinden wird. Das wird auch so sein. Wir werden dann mit Sicherheit auch für die Kinos eine gute Lösung finden.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Ich wollte zum Thema Maßstäbe noch mal etwas sagen, und da ist vielleicht auch ein bisschen der Blick auf die anderen Bundesländer zu richten. Ich glaube, Föderalismus ist schön und gut, aber bei solchen Sachen sollte es ein einheitliches Vorgehen geben. Ich würde sehr daran appellieren, sich mit den anderen Ländern abzustimmen und das im Gleichklang zu machen. Wir sind in Berlin, was die Pandemiezahlen betrifft, erfreulicherweise eher im unteren Drittel im Vergleich der Bundesländer. Es gibt Bundesländer, die deutlich drüber sind, und die haben teilweise die Sachen schon gelockert. Wenn wir also die Frage der Verhältnismäßigkeit ansprechen, kann man natürlich den Berliner Kinobetreibern schwer erklären, dass woanders etwas möglich ist. Bayern hat zum Beispiel zum Teil höhere Inzidenzen, und dort wird jetzt gelockert. Ich will nur sagen, dass Föderalismus schön und gut ist, aber eine einheitliche Vorgehensweise bei diesem Thema wünschenswert wäre. Ich glaube, wir sind uns ansonsten einig – das haben wir ja auch bei der Berlinale-Eröffnung gesehen –, dass es schwierig ist, vier Stunden mit einer Maske ohne Getränk im Kino zu sitzen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen gibt – , doch! – Herr Dr. Bräuer!

Dr. Christian Bräuer (Vorstandsvorsitzender der AG Kino – Gilde deutscher Filmkunsttheater e. V.): Ich wollte mich nur gerne noch mal bedanken und an eine Sache anknüpfen. Es wurde der Kinoprogrammpreis angesprochen. Das ist sehr gut. Es spielen sich punktuell Dramen in den Kinos ab. Das ist gerade schon sehr kräftezehrend. Wenn zum Beispiel Zukunftsprogrammanträge abgelehnt werden, dann wissen die Kinos nicht, ob sie im Sommer investieren können oder nicht oder ob sie quotiert werden. Es wäre also schön, wenn wir sehr bald dazu sprechen könnten, wie wir die Förderprogramme, die dann im Wesentlichen über Medienboard abgewickelt werden, für dieses Jahr gestalten. Der Programmpreis ist dahingehend super, aber er ist im Wesentlichen ein Programmpreis, eine super Basis. Vielleicht kann man da noch mal eine wirtschaftsorientierte Basis reinbringen, weil es ja darum geht, diese Kiezkinoinfrastruktur zu erhalten. Das nur noch mal als Bitte von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bedanke ich mich nochmals recht herzlich bei Ihnen, Herr Dr. Bräuer. Schön, dass Sie da waren und sind. Sie können auch noch bis zum Ende der Sitzung hierbleiben, aber Sie können auch anderen Tätigkeiten nachgehen, wie Sie wünschen. Schön, dass Sie da waren, und liebe Grüße an Ihre Kolleginnen und Kollegen! – Danke schön an alle! – [Allgemeiner Beifall]

Dr. Christian Bräuer (Vorstandsvorsitzender der AG Kino – Gilde deutscher Filmkunsttheater e. V.): Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann würde ich jetzt in die Lüftungspause übergehen und sagen, dass wir uns um 11.20 Uhr hier wiedersehen. Wir müssen alle den Raum verlassen.

[Lüftungspause von 11.05 bis 11.25 Uhr]

So, dann fangen wir so langsam wieder an. Ich denke, die Nachzüglerinnen und Nachzügler werden gleich eintreffen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich möchte anmerken, dass Herr Dr. Fischer den Ausschuss aufgrund anderer Verpflichtungen, wie Sie sich denken können, um 12.00 Uhr verlassen muss. Vielleicht schaffen wir es ja auch bis 12.00 Uhr. Von daher halten wir uns ran.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0002](#)
Informationsstand über die Neuordnung der EnBuMe
Medienstaatsverträge
(Berlin-Brandenburg und bundesweit)
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0017](#)
Drucksache 19/0183 EnBuMe
Gesetz zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag

Gibt es Begründungen des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a? – Ich sehe Herrn Förster. – Sie haben das Wort!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Das mache ich in Absprache für die fünf antragstellenden Fraktionen. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode schon intensiv mit den verschiedenen Medienstaatsverträgen befasst. Damals waren es zum Teil noch Rundfunkstaatsverträge. Die wurden dann in den neuen Begriff der Medienstaatsverträge transformiert. Wir haben Medienstaatsverträge auf regionaler Ebene, immer gemeinsam mit Berlin und Brandenburg, einmal den RBB betreffend, der ja aus den bekannten Gründen ausgesetzt wurde, weil wir intensive Verhandlungen hatten, die letztendlich zu keiner Einigkeit von Berlin und Brandenburg führen konnten.

Der Ausschuss hier hatte für Berlin parteiübergreifend ein paar Punkte definiert, die uns wichtig waren: Freienvertretung, Auffindbarkeit von Programmen auf terrestrischen Frequenzen usw. Wir kennen zum Teil noch diese Debatte, jedenfalls diejenigen, die dabei waren. Es gibt den Staatsvertrag Berlin-Brandenburg, der unter anderem die Zusammenarbeit im Bereich der Medien außerhalb des RBB regelt, unter anderem die Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Das leidige Thema Vorwegabzug ist in diesem Zusammenhang zu diskutieren, wobei wir uns eigentlich einig sind, dass wir den reduzieren wollen. Dann gibt es die Medienstaatsverträge auf der Bundesebene. Einen haben wir heute vorliegen, Stichwort Barrierefreiheit. Der dritte, der jetzt in Aussicht steht, wird aber der bedeutendere werden, weil es darin um den Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen geht. Wir wissen ja, seit Sachsen-Anhalt hat Karlsruhe uns ins Stammbuch geschrieben, dass wir als Politik genau definieren müssen, was wir wollen, präzise definieren. Das muss dann auch bezahlt werden. Wir können am Ende nicht sagen, weil es schwammig definiert ist, geben wir das Geld nicht. Deswegen ist uns natürlich daran gelegen, rechtzeitig gemeinsam hier mitzureden und zu sagen, was wir wollen, damit es eine präzise Aufgabenbeschreibung gibt, der dann das entsprechende Geld folgen kann. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Dr. Fischer!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl): Vielen herzlichen Dank! – Herr Förster hat ja quasi meinen Teil schon fast übernommen mit der Erläuterung, in welcher Umgebung wir uns bewegen und womit wir uns auseinandersetzen müssen. Es ist in der Tat so, dass es in zwei unterschiedlichen Tagesordnungspunkten, die ja miteinander verwoben sind, um die Frage der

Prozessgestaltung in den kommenden Monaten rund um den RBB-Staatsvertrag und den Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg geht. Da sind diejenigen, die in den letzten fünf Jahren hier im Ausschuss in der Diskussion dabei waren, mir natürlich einen kleinen Schritt voraus. Ich habe erst seit Beginn der Legislaturperiode angefangen, mich damit zu beschäftigen und die Diskussion auch mit den Kollegen in Brandenburg nachvollzogen. Wir würden das auch in den kommenden Wochen und Monaten tun. Im Moment sind unsere Fachebenen noch mal im Austausch, um die Basis, auf der wir beide Punkte besprechen, noch mal zu konsolidieren und die politischen Punkte gegenseitig ein bisschen herauszuarbeiten.

Meine Vorstellung dabei ist es natürlich, dass wir hier im Ausschuss auch darüber reden, was Ihre Vorstellungen für beide Prozesse sind, damit wir in dieser komplexen Verhandlungsmaterie mit zwei Bundesländern, zwei Parlamenten, zwei Landesregierungen und den anderen Akteuren auch gut einspielen können. Zum RBB-Staatsvertrag gibt es schon eine ganze Reihe von grundsätzlich vereinbarten Punkten aus der letzten Legislaturperiode, an denen wir gerne festhalten würden, um nicht alles noch mal ganz neu zu machen. Ich glaube, es gibt zentrale Punkte, die wir dann gemeinsam diskutieren und wo wir Positionen entwickeln müssen. Das ist zum einen die Flexibilisierung des Auftrags. Das ist ja auch ein bekanntes Thema.

Hinsichtlich der Evaluation der Struktur des Rundfunkrates müssen wir uns gemeinsam überlegen, wie wir damit umgehen und inwiefern das Gremium verändert wird. Die Interessenvertretung der Beschäftigten wird sicherlich ein wichtiges Thema sein, und auch die Frage der festen Freien und der Formulierung, die wir hier haben, wird auf jeden Fall wichtig sein. Die Werbezeiten und das, was wir an Werbung innerhalb der RBB-Programme in Zukunft noch zulassen wollen, vor allem aber auch, was wir uns leisten können, an Werbung beizubehalten, wird die große Thematik sein.

Vom Zeitplan her würden wir beide Verträge in ähnlichen Zeitspuren ablaufen lassen wollen. Wir führen jetzt bilaterale Gespräche mit der Brandenburger Landesregierung. Wir werden hier im Ausschuss bestimmt auch noch mal eine Runde drehen, um die Position, die von Ihnen kam und insbesondere die Wünsche und Anforderungen, die an uns herangetragen werden, zu besprechen, sodass wir Richtung Mai in echte Prozesse einsteigen und über den Sommer vielleicht noch mal Anhörungen ausgestalten können. Für den Medienstaatsvertrag gilt ein ähnliches Verfahren, wir fangen vielleicht einen Tick später an. Ich würde den Staatsvertrag wahrscheinlich zuerst angehen und dann mit dem Medienstaatsvertrag weitermachen. Bei beiden ist es aber so, dass der Zeitrahmen relativ klar dadurch beschrieben ist, dass die Brandenburger Landtagswahlen 2024 stattfinden. Das heißt, wir müssen das auf jedem Fall in diesem Jahr mit Abschluss spätestens im nächsten Jahr hinbekommen, damit das gut ist. Gleichzeitig ist das aber auch ein gutes Zeitfenster, weil wir schon gewählt haben und eine neue Regierung haben und umgekehrt die Brandenburger noch ein bisschen Zeit haben. Ich glaube, dafür sollten wir uns dann auch die Zeit nehmen. Gleichzeitig ist hier aber auch schon vorgearbeitet worden, und ich will das jetzt nicht alles noch mal bei null beginnen, sondern damit direkt einsteigen.

Noch ganz kurz zu dem Thema Medienstaatsvertrag. Da haben wir insbesondere das Thema Vorwegabzug, das hat Herr Förster schon angesprochen. Wir haben im Senatsentwurf des Haushalts eine Vorsorge getroffen, damit wir in der Lage wären, das auch zu machen – für 2023, wohlgemerkt. Das wird ja nicht in diesem Jahr stattfinden, sondern 2023. Das ist jetzt ein Angebot, wir können unterschiedlich skalieren, wann wir damit einsetzen und wie viel wir am Ende tatsächlich haben. Mir ist nur wichtig, dass wir signalisieren, dass wir durchaus eine Bereitschaft haben, der MABB noch mal zu helfen und gleichzeitig die anderen Themen wie das Rundfunkorchester oder andere Fördermechanismen beim Medienboard nicht über die Klippe gehen zu lassen. Es ist ja in unserem gemeinsamen Interesse, dass wir dabeibleiben.

Ansonsten gibt es noch Themen wie den Jugendmedienschutz und wie wir damit umgehen, aber darauf können wir sicherlich in der Diskussionsrunde noch eingehen. Das andere hatte auch Herr Förster schon gesagt: Das, was Ihnen jetzt vorliegt, ist ja im Prinzip die Zustimmung zu etwas, was auf Bundesebene bereits vereinbart worden ist, das Thema Medienänderungsstaatsvertrag. – Dabei belasse ich es zur Einführung.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Kapek hat sich gemeldet, dann Herr Gläser.

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin zwar nur Gast und stellvertretend für Frau Ahmadi, die krankheitsbedingt fehlt, heute hier, aber wie Herr Goiny ja auch Mitglied im RBB-Rundfunkrat. Insofern habe ich die Debatte zwar nicht hier im Ausschuss, aber auf der anderen Seite durchaus mitverfolgt. Ich glaube, es wäre auch möglich gewesen, vor der Berlin-Wahl zu einer Einigung zu kommen, aber das ist nun, wie es ist. Ich

würde mich auf jeden Fall dem Petitum anschließen, dass man versucht, bis Ende des Jahres hier zu einer guten Lösung zu kommen. Ich kann mich meinen beiden Vorrednern weitestgehend anschließen, will aber noch einen Punkt betonen. Bei der Struktur des Rundfunkrates war man in einem ganz guten Einigungskorridor – dazu wird wahrscheinlich der Kollege links von mir gleich noch etwas sagen –, aber ich würde jetzt mal voraussagen, dass man hier schnell zueinander finden kann. Bei der Frage der Personalvertretung wird der Streit mit dem RBB wahrscheinlich der ewig gleiche bleiben. Da bin ich gespannt, was sich da weiter ergibt.

Ein Punkt, der uns besonders wichtig war und den ich deshalb hier auch noch mal betonen möchte, ist das Thema Flexibilisierung. Ich verstehe – auch als Mitglied im Rundfunkrat – das Bedürfnis oder die Notwendigkeit beim RBB und auch bei anderen Medien, stärker auf Digitalisierung zu setzen und sich flexibler aufstellen zu können, allerdings – und das merkt man, wenn man in einem Gremium mit Brandenburgern sitzt – ist die Verfügbarkeit von Internet in weiten Teilen Brandenburgs nach wie vor nicht gegeben. Wenn es dann um die Frage geht, welchen Basisanspruch ich an Programmauftrag bzw. Reichweite hege, dann wird es sehr schnell schwierig. Ich glaube, dass es da trotz alledem Lösungen geben kann. Die hätte es vielleicht auch vor der Wahl geben können, da ist es meines Erachtens nicht an der Politik, sondern an der Psychologie gescheitert. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass die Abdeckbarkeit, die Erreichbarkeit oder die Reichweite des Standardmedienauftrages insgesamt gewährleistet bleiben muss, egal, was man da miteinander vereinbart.

Ansonsten würde ich gern an einen Punkt von Herrn Förster anschließen. Die Frage, was ich als grundsätzlichen Programmauftrag mitgeben möchte, ist etwas, das durch verändertes Konsumverhalten stark unter Druck gerät. Die Einnahmeverluste sind an allen Ecken und Enden spürbar und dadurch natürlich auch die Einsparnotwendigkeiten, die sich ergeben. Das heißt, wenn wir wollen, dass der bisherige Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bzw. der Medienangebote insgesamt so erhalten bleibt, dann muss man sich hier auch intensiver Gedanken über Struktur und Finanzierung machen. Da sind Sie in diesem Ausschuss viel tiefer drin als ich. Wenn ich mir die Realitäten beim RBB zumindest angucke, dann sieht man, dass es dort sehr viele Bemühungen gibt, über die ARD-Anstalten insgesamt zu schauen: Wie kann man auch eine Digitalisierung so gestalten, dass sie trotzdem den öffentlichen Auftrag erfüllen können? Das wird aber nicht mehr in jeder Kommastelle funktionieren, weil schlichtweg das Geld fehlt dadurch, dass die Konsumenten oder die Kunden wegfallen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Kapek, für das, was Sie eben über Einnahmeverluste beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesagt haben. Ich muss Sie da aber korrigieren. Die haben keine Einnahmeverluste, die machen immer mehr, die haben auch gerade den Rundfunkbeitrag erhöht, und deswegen haben sie jetzt Rekorderlöse. Es ist auch egal, ob denen Zuschauer wegbrechen, die kriegen nämlich immer das Geld zwangsweise von den Haushalten in diesem Land zugeschustert. Deswegen müssen wir uns schon Gedanken über eine Neugestaltung dieses Programmauftrags machen. Unsere Haltung dazu ist klar: Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen sich verschlanken, die müssen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, die müssen die Digitalisierung – so, wie Sie es auch selber vorgeschlagen haben, Frau Kapek – nutzen, um Sparpotenziale ausfindig zu machen und ihren Betrieb weiterhin am Laufen zu halten, aber der Rundfunkbeitrag ist aus unserer

Sicht zu hoch, der müsste eigentlich sinken. So viel zum Thema eines künftigen Programmauftrags.

Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, um auf diesen Medienstaatsvertrag zu sprechen zu kommen, auch wenn wir da jetzt nur über winzige und unspektakuläre Veränderungen abstimmen werden, denn immerhin sind vor zwei Jahren, als Sie das eingebracht haben, doch größere Sachen damit verbunden gewesen. Jetzt ist eine gute Gelegenheit, mal zu schauen, ob sich das wirklich bewahrheitet hat, zum Beispiel die Annahme, dass es mehr Transparenz für Internetriesen wie Google oder Facebook geben sollte, zum Beispiel die Annahme oder Suggestion damals, kleinere Medienbetriebe könnten, wenn sie schlecht gelistet werden von Facebook oder Google, sich dagegen wehren und das ändern. Nach meinem Kenntnisstand ist das im journalistischen Alltag oder Medienalltag in Deutschland überhaupt nicht angekommen. Das hat sich nicht bewahrheitet. Womöglich ist es schade, dass das so ist, auf jeden Fall können die großen Plattformen weiterhin so vorgehen, wie sie wollen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Was sich aber bewahrheitet hat, ist unsere Befürchtung, dass es auch weiterhin Löschungen und Sperrungen im großen Stil gibt bis hin zum amtierenden amerikanischen Präsidenten. Das unterliegt jetzt nicht unserer Jurisdiktion, aber das ist schon der Trend, der bei den großen sozialen Netzwerken vorherrscht, und das ist ein Problem aus unserer Sicht.

Sie haben damals eine Lizenzpflicht für Streamingdienste eingeführt, die wir abgelehnt haben mit der Begründung, das werde einer Zensur Vorschub leisten. Ich bin jetzt bei einem wunden Punkt, bei Russia Today. Natürlich sehen wir auch diesen Sender noch viel kritischer als noch vor vier Wochen, und trotzdem stelle ich mir die Frage – wir hatten das ja vorhin schon –: Ist es wirklich sinnvoll, solche Sender abzuschalten? Ist es wirklich richtig, dass wir unsere Liberalität im Westen opfern, dass wir sagen, wir wollen keinen Zugang mehr zu Informationsquellen haben, dass es diese Möglichkeit für die Medienanstalten gibt, einfach Webseiten auszuschalten? – Ich meine, nein. Ich glaube, dass die Deutschen klug genug sind, zwischen den Zeilen zu lesen, und dass es wichtig sein muss, die Argumente seines Gegners zu kennen. Deswegen halte ich es für falsch, grundsätzlich zu sagen: Das ist ein Propagandasender – ist er, ja –, den dürfen wir hier gar nicht mehr schauen. – Damit stellen wir uns auf die Stufe derjenigen in Moskau, die genau das Gleiche in ihrem Land machen, und das sollten wir nicht tun.

Ich möchte kurz an Elon Musk erinnern. Der ist in der vergangenen Woche aufgefordert worden, in seinem Satellitennetzwerk Starlink russische Nachrichtenmedien, russische Medien zu löschen oder zu blockieren. Er hat geantwortet: Ich mache das nicht, ich bin für freie Meinungsäußerung. – Da hat jemand geschrieben: Ja, aber die russischen Nachrichtenorganisationen sind alles Propagandamedien. – Darauf hat er gesagt: Alle Medien sind irgendwo Propagandamedien. – Natürlich ist der RBB nicht RT, aber da ist schon eine gewisse Wahrheit drin. Es gibt nicht nur schwarz und weiß. Es gibt überall wichtige Informationen herauszuziehen. Deswegen halten wir es für schwierig. Wir sind da an der Seite von Elon Musk. – [Zuruf] – Meinungsfreiheit ist wichtig, und es ist falsch, eine solche Sperrung vorzunehmen, Herr Otto!

Sie haben auch die Sorgfaltspflicht für Blogger eingeführt. Auch da habe ich damals schon vorausgesagt, das wird genutzt werden, um nonkonforme Webseitenbetreiber zu drangsaliieren. Genauso ist es eingetreten, zum Beispiel bei der „Freien Welt“. Das ist die Webseite von Beatrix von Storch. Die haben jetzt mehrere Aufforderungen von der Medienanstalt bekom-

men, inhaltliche Korrekturen in ihren Beiträgen vorzunehmen. Ich finde, das ist der falsche Weg. Da kommt die Zensur um die Ecke. Das ist einer westlichen freiheitlichen Demokratie unwürdig, deswegen ist das falsch. Wenn das jetzt auch nicht das ist, worüber wir abstimmen, so haben wir doch auch ein paar kosmetische Veränderungen, die vorgenommen werden im Zusammenhang mit Barrierefreiheit, die zeigen, dass wir eine totale Überbürokratisierung unserer Medienlandschaft haben. Unsere Befürchtung ist, dass das dazu führen wird, dass die Konzentration im Medienmarkt weiter zunehmen wird, dass kleine Anbieter keine Chance haben, dass Große immer größer und mächtiger werden, dass am Ende Meinungsvielfalt wegfällt, und deswegen können wir hier nicht zustimmen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Immer wenn es um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geht, wird die AfD wach. Beim Thema Kino war sie nicht mal vertreten, das will ich auch zu Protokoll geben. Also dieses wichtige Thema Kino ist in Abwesenheit der AfD verhandelt worden. Das ist nicht schlimm für die Bedeutung des Themas, aber für die Wahrnehmung der AfD, für die Außenwirkung ganz wichtig zu wissen. Natürlich haben wir trotz der 8 Milliarden Euro im Topf – und da hat die Kollegin Kapek von der Argumentation her recht –, wenn man die Teuerungsrate sieht und das, was noch eingespart werden muss, einen Realgeldverlust bei den Öffentlich-Rechtlichen. Den muss man nicht beklagen, man kann auch sagen, im Rahmen der Transformation müssen die weiteren Einsparungen machen, aber feststellen muss man das. Das ist erst mal Fakt und auch das Ergebnis der bisherigen Beratungen und der Beitragsanpassung.

Unsere Aufgabe ist es nun aber, gemeinsam zu überlegen: Was folgt daraus für die einzelnen Staatsverträge? – Ich will nur ein paar wenige Anmerkungen jeweils machen. Ich bin, Herr Staatssekretär Fischer, damit einverstanden, dass Sie gesagt haben, den RBB-Staatsvertrag zuerst, weil der auch reichlich weit gediehen war, und den anderen, wo es unter anderem um die MABB geht, danach, denn den haben wir in der letzten Wahlperiode schon mal erfolgreich reformiert. Da gab es schon eine gemeinsame Fassung von Berlin und Brandenburg. Es sind ein paar Punkte offengeblieben, die fortgeschrieben werden müssen, aber den hatten wir schon einmal angefasst und auch zur Beschlussfassung gebracht. Ich will beim RBB-Staatsvertrag auch – weitgehend übereinstimmend mit der Kollegin Kapek – sagen, dass ich auch glaube, man hätte die drei, vier strittigen Punkte ausklammern und den Rest beschließen können. Man muss auch nicht noch mal bei null anfangen, 80, 85 Prozent waren ja unstrittig, auch hier im Ausschuss übrigens unstrittig über beide Seiten des Tisches hinweg. Es war – das darf ich mal so sagen – die etwas forsch auftretende Potsdamer Staatskanzlei, die am Ende gesagt hat: Alles oder nichts! – Jung-dynamisch ist schön und gut, aber es war vielleicht nicht gerade hilfreich bei diesem Thema, weil wir ganz klar signalisiert hatten, dass man diese drei, vier Themen vielleicht ausklammern kann, und den Rest hätte man einen können. Ich glaube auch nicht, dass es am Ende an der Frage der Struktur des Rundfunkrates scheitert. Natürlich muss man aufpassen, wenn man neue Gruppen hineinnimmt, die die Gesellschaft heute vielleicht besser abbilden als die vor 20 Jahren, und alte vielleicht rausnehmen muss. Andere Bundesländer streiten sich ja noch darüber, ob man den Bund der Vertriebenen drin haben muss. Haben wir hier nicht, aber das wäre zum Beispiel ein Weg in die Normalität, ihn irgendwann rauszunehmen aus solchen Gremien. Solche Fragen müssen wir uns spiegelbildlich auch hier in Berlin und Brandenburg stellen, ob noch alle Gruppen, die dabei sind, die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln. Wenn man neue hineinnimmt, kann man auch mal fragen, ob die alten das entsprechend abbilden, und da muss man nicht 20 Sitze mehr schaf-

fen. Vielleicht kann man auch mal gucken, wie man die Struktur anpasst. Wenn es am Ende drei, vier mehr werden, okay, aber man muss die Größe des Gremiums immer im Blick haben.

Auch beim Thema Flexibilisierung des Auftrags hat die Kollegin Kapek recht. Stichwort Internet an jeder Milchkanne – das ist in Brandenburg nicht gewährleistet, und ich glaube schon – das war ja auch Einvernehmen hier im Ausschuss –, dass es – auch in Katastrophenzeiten und Ähnlichem – eine terrestrische Übertragung zumindest der regulären Radioprogramme geben muss. Momentan ist UKW noch der Standard, künftig wahrscheinlich DAB+, das Digitalradio, das den UKW mittelfristig ablösen wird, aber das muss natürlich gewährleistet sein. Jenseits dessen, was der RBB vielleicht noch zusätzlich machen will, kann man erwarten, dass die Hauptradioprogramme auch weiterhin terrestrisch verbreitet werden. Das ist in anderen Bundesländern bisher auch noch der Fall.

Auch das berühmte Thema feste Freie und Vertretungen kann man lösen. Ich hatte ja im letzten Jahr die Gelegenheit, mit Karin Halsch und Notker Schweikhardt in Saarbrücken gewesen zu sein. Wir hatten uns da mit dem Saarländischen Rundfunk ausgetauscht. Die haben seit vielen Jahren eine vorbildliche Regelung, die funktioniert, wo es keine Klagen gibt – in beide Richtungen, also nicht nur Klagen im verbalen Sinn, sondern auch keine rechtlichen Klagen. Die haben ein Modell gefunden, wo über Listen die Festen auch Freie und die Freien Feste wählen können, und das Ergebnis ist: Es findet sich genau der Anteil an Festen und Freien im Personalrat wieder, ohne dass es vorgegeben ist. Das heißt, die spiegeln genau den Proporz wider, der über die Listen gewählt wird, obwohl sie über Kreuz wählen können. Das funktioniert wunderbar, ohne dass es da eine feste Vorgabe gibt, aber es gibt eben den Willen, beide daran zu beteiligen. Es ist vorgegeben, dass sie daran beteiligt werden müssen und über Listen auch beide vertreten sind, aber es wird nicht quotiert, und trotzdem fühlen sich die festen Freien da entsprechend eingebunden und arbeiten gut mit, und es gibt seitdem auch keine Klagen mehr in Richtung Einstellungsklagen, Mitbestimmungsklagen oder Ähnlichem. Also es funktioniert. Ich kann nur noch mal raten, den Kontakt nach Saarbrücken, zum Landtag, zur Staatskanzlei zu suchen. Das wäre ein gutes Beispiel, da ist der Saarländische Rundfunk wirklich Vorbild. Wenn wir das eins zu eins machen könnten, hätten wir das Thema vom Tisch, glaube ich.

Stichwort MABB: Herr Staatssekretär Fischer! Ich bin sehr froh, dass Sie beim Thema Vorwegabzug gesagt haben, dass Sie jetzt auch Vorsorge im Haushalt getroffen haben. Das ist ein wichtiges Anliegen. Wir müssen beim Staatsvertrag dahin kommen, dass wir den Vorwegabzug reduzieren und das auch hineinschreiben. Wir hatten das beim letzten Mal schon beim Thema freie Radios diskutiert. Da hat man ja so eine Hilfskonstruktion gewählt, dass über den regulären Haushalt bestimmte Dinge gefördert und an die MABB gegeben werden. Wir wissen, das hat seine Grenzen. Gerade beim Thema Staatsferne des Rundfunks gibt es auch Gerichtsurteile. Das kann man nicht ewig beibehalten und ausdehnen, weil am Ende die MABB aufgrund ihrer Staatsferne dafür zuständig ist und wir als Parlament nicht direkt Haushalts-gelder für die Medien geben können und wollen – was ja auch vernünftig ist.

Zu den bundesweiten Staatsverträgen: Ich glaube, über den, über den wir heute abstimmen, braucht man sich nicht weiter zu unterhalten. Das ist vernünftig und sinnvoll. Gerade das Thema Barrierefreiheit ist eines, das im gesellschaftlichen Konsens immer mehr vorangetrieben wird. Dass wir da heute andere Anforderungen haben, auch Sehbehinderte, Hörgeschä-

digte und ähnliche Personengruppen einzubeziehen, als vor 20 Jahren, ist, glaube ich, auch Konsens, und es macht auch die Gesellschaft aus, dass sie auf solche Gruppen mehr Rücksicht nimmt bzw. mehr Angebote für diese bereitstellt. Das ist also, glaube ich, zustimmungsfähig.

Das andere Thema auf Bundesebene – vielleicht können Sie dazu zum Abschluss noch etwas sagen, Herr Staatssekretär Fischer – ist ja, dass es bei dem Medienstaatsvertrag, der jetzt in Vorbereitung ist, bei der Frage der Definition des Angebotes auch darum geht, welche Fernsehprogramme – da geht es um Fernsehprogramme, Radioprogramme, die sind ja bis auf das Deutschlandradio weitgehend föderal, das machen ja die Bundesländer – künftig noch verpflichtend veranstaltet werden müssen. Da will ich vor einer Illusion warnen. In dem Entwurf, den ich kenne – korrigieren Sie mich bitte –, steht ja, dass nur noch ARD, ZDF, die dritten Programme, über die ja auch die Länder entscheiden, 3sat und Arte, weil das ja Kooperationsprogramme mit Österreich und der Schweiz im Falle von 3sat und mit Frankreich im Falle von Arte sind, verpflichtend veranstaltet werden müssen und alle anderen fakultativ sind. Aber das birgt auch eine Gefahr. Zum einen ist der Kinderkanal nicht dabei, das halte ich für ein ganz großes Manko. Den sollte man als verpflichtendes Angebot beauftragen, weil das eine pädagogisch wertvolle Sache für Kinder und Jugendliche ist, die da gemacht wird. Das ein öffentlich-rechtlicher Grundversorgungsauftrag par excellence. Ich glaube, auch die Politik sollte sich dazu bekennen, dass der Kinderkanal und seine Angebote verpflichtend sind. Das, was da aus Erfurt für Deutschland gesendet wird, ist wirklich hervorragend und von guter Qualität. Gerade was die Heranführung an Medienkompetenz betrifft, machen die sehr viel. Es ist ein wichtiger Punkt – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, ihn aufzunehmen.

Dann haben wir noch das leidige Thema Nachrichtenkanal der Öffentlich-Rechtlichen. Auch hier in diesem Ausschuss gab es seit Beginn der vorigen Wahlperiode Einvernehmen, dass es möglich sein muss, dass es einen öffentlich-rechtlichen Nachrichtenkanal gibt. Das hat damals auch schon Staatssekretär Böhning so vertreten, in den Beratungen der MPK hat es auch Staatssekretär Gaebler so vertreten, es kam aber nie zu einer Einigung. Der Vorschlag aus Berlin – das ist der, den die RBB-Intendantin Schlesinger teilt – ist, dass man, wenn man einen Nachrichtenkanal schafft, die bisherigen Angebote Tagesschau24, ZDFinfo und Phoenix zusammenlegt, weil man auch Ressourcen bündeln muss. Ein Nachrichtenkanal ist teuer. Wir wissen – im Vergleich zu ntv und Welt, die auch eine sehr gute Berichterstattung machen –, dass ein Nachrichtenkanal nicht kostendeckend zu betreiben ist und viel Geld kostet, aber klar war immer – das war auch die Berliner Position –: Wenn ich einen neuen Kanal schaffe, muss ich die drei bisherigen zusammenlegen, die ja weitgehend eher Konserven abspielen oder die „Tagesschau“ oder das „heute journal“ wiederholen und solche Dinge. Das wünsche ich mir, dann auch im Medienvertrag festgeschrieben zu haben, weil wir sonst mit Karlsruhe die Diskussion beim nächsten Mal wieder haben, dass wir Dinge bezahlen sollen, die wir nicht beauftragt haben. Karlsruhe sagt: Aber ihr müsst auch bezahlen, was ihr beauftragt habt. – Deswegen wäre ich nach dem Urteil zur Situation in Sachsen-Anhalt sehr daran interessiert, dann festzuschreiben, was wir wollen. Ich bin für einen Nachrichtenkanal, ich teile auch die Position der Senatskanzlei, die sie seit 2016 da vertritt – soweit ich das beurteilen kann, vorher vielleicht auch schon –, dass wir das brauchen, aber dann muss es auch reingeschrieben werden.

Dann gehört auch noch – letzter Punkt – zur Wahrheit dazu, dass wir dann, weil wir Verbreitungskosten über Satelliten und Kabelnetze haben, die immer noch Millionen kosten, so etwas wie One oder ZDFneo oder Alpha, die weitgehend Konserven abspielen, die auch in den Me-

diatheken verfügbar sind, als entsprechende Satelliten- und Kabelkanäle abschalten können. Das ist im Übrigen auch eine Forderung, die Frau Schlesinger seit vielen Jahren hat, aber das muss man auch mal regeln, dass man da, wo es keinen eigenproduzierten Inhalte gibt, die aber sehr teuer über Satellit und Kabelnetze verbreitet werden, entsprechende Einschnitte machen kann. Also mein Plädoyer in Richtung der Verhandlungen mit den anderen Bundesländern ist: Festschreiben, was wir wollen, zum Beispiel Kinderkanal und Nachrichtenkanal, aber umgekehrt dann auch sagen, was wir nicht mehr wollen, damit wir die Diskussion mit Karlsruhe nicht mehr haben, wenn wir am Ende sehr schwammig formulieren und das Gericht wieder entscheiden muss, für was Geld gegeben wird und für was nicht.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Hat sich erledigt.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich kann es relativ kurz machen für unsere Fraktion, weil ich mich in fast allen Punkten dem Kollegen Förster anschließen kann. Was er gesagt hat, ist in der Tat richtig. Der Umstand, dass wir dieses und nächstes Jahr mit Frau Schlesinger für den RBB den ARD-Vorsitz stellen, ist ein Punkt, den man medienpolitisch würdigen und wo man auch noch mal darüber nachdenken kann, was wir medienpolitisch als Bundesland daraus machen können. Es ist ein gutes Signal für die Kompetenz im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in unserer Region und darüber hinaus ein guter Hintergrund, vor dem wir diese Medienstaatsverträge beschließen sollten. Ich glaube, es ist jetzt ein gutes Zeitfenster – da hat Herr Staatssekretär Fischer recht. Das müssen wir mit den Fraktionen, die in Brandenburg und Berlin die Regierungen stellen, auch noch mal konsentieren. Die Dinge, die da Dissens sind, sind lösbar. Es ist auch richtig, dass wir da jetzt rangehen. Die Themen, um die es da geht, sind hier schon verschiedentlich genannt worden. Klar kann man bei der Zusammensetzung des Rundfunkrats immer noch eine gesellschaftlich relevante Gruppe finden, die fehlt. Das wird auch immer so bleiben. Wenn wir welche dazunehmen, werden immer noch relevante fehlen. Die Frage ist irgendwann, ob die Effizienz des Rundfunkrats dadurch gewinnt. Im Übrigen darf man allen, die dort vertreten sind, noch mal in Erinnerung rufen: Sie sitzen ja dort nicht, um die Interessen ihrer Entsendeorganisationen zu vertreten, sondern sie sind repräsentative Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft, und in diesem Zusammenhang haben sie die Aufgabe, die dort die Staatsverträge den Rundfunkräten zuschreiben, wahrzunehmen. Manchmal wird das ein bisschen verwechselt, und man denkt, man sitze dort, weil man die Interessen seiner Entsendeorganisation besonders hervorheben kann, was dann wieder dazu führt, dass andere, die nicht dort sitzen, sagen, jetzt muss ich auch rein, damit ich auch meine Interessen da vertreten kann. Man sollte vielleicht in dem Zusammenhang in der politischen Debatte noch mal klarstellen, dass es einen weitverbreiteten Irrtum gibt über die Rolle, die diese Institutionen haben. Ob man an der einen oder anderen Stelle noch jemanden reinnimmt, kann man sicherlich diskutieren, aber das ist jetzt auch nicht der Punkt, mit dem man die Rundfunkräte in ihrer Rolle und Kontrollfunktion gegenüber den öffentlich-rechtlichen Sendern stärkt, wenn man nur über die reine Frage diskutiert: Wer fehlt da noch?

Beim Medienstaatsvertrag ist es in der Tat gut – wenn ich die Senatskanzlei und die Koalitionsfraktionen richtig verstanden habe –, noch mal darüber nachzudenken, wie man bei der Medienanstalt die Finanzierung verbessern kann, um hier auch die gewachsenen Aufgaben

besser wahrnehmen zu können. Das geht natürlich nur, wenn wir die eine oder andere Finanzierung, die bisher über den Vorwegabzug stattgefunden hat, dann aus Haushaltsmitteln kompensieren. Wenn das jetzt der Weg ist, der hier koalitionsseitig eingeschlagen werden soll, dann sind wir auf jeden Fall mit dabei, weil wir das für eine vernünftige Maßnahme an der Stelle halten. Ansonsten werden wir sicherlich noch im Detail über die Dinge weiter diskutieren. Dem vorliegenden Staatsvertrag stimmen wir aus den schon genannten Gründen des Kollegen Förster auch zu.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Ich habe jetzt nur noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. King und würde dann, nachdem der Senat das Wort hatte, den Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit abschließen – sofern es keine weiteren Wortmeldungen jetzt gibt. – Sehe ich nicht. – Dann, Herr Dr. King, haben Sie das Wort!

Dr. Alexander King (LINKE): Vielen Dank! – Ich versuche, mich auch kurz zu fassen. Es ist ja schon sehr vieles gesagt worden, und vielen Punkten stimmen wir zu. Frau Kapek hatte mich indirekt in ihrem Beitrag aufgefordert – so hatte ich sie jedenfalls verstanden –, etwas zum Rundfunkrat zu sagen. Das hatte ich jetzt gar nicht vor, aber es ist ja klar: Gerade weil der Rundfunkrat die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite repräsentieren soll, muss man natürlich auch immer gucken, ob er das auch tut und was man an der Zusammensetzung verändern muss, damit er diesem Anspruch gerecht wird – ohne es aufzublähen, da würde ich Herrn Christian Goiny zustimmen. Der andere Punkt ist, dass man vielleicht auch noch mal über die Arbeitsweise und konkreten Aufgaben des Rundfunkrats sprechen muss, denn da gibt es auch viel Verdruss.

Wo ich ausdrücklich Frau Kapek zustimmen will, ist bei dem Punkt Flexibilisierung des Auftrags und Digitalisierung. Da geht es nicht nur um die Verfügbarkeit. Das ist aus Brandenburger Sicht natürlich eine besonders wichtige Frage, aber es geht auch darum, dass der Zugang zu den Programmen ja eigentlich durch die Rundfunkgebühr, die die Leute bezahlen, gewährleistet sein muss und nicht quasi eine zweite Gebühr für bestimmte Programme anfällt. Internet ist ja auch nicht kostenlos für die Nutzer. Das heißt, da steckt im Grunde für die einzelnen Programme, die ins Internet verlagert werden, eine zweite Gebühr mit drin. Das ist ein weiterer Grund, das abzulehnen.

Was die Reihenfolge betrifft, finde ich es auch sinnvoll, dass wir den RBB-Prozess zuerst machen. Das ist wichtig. Dazu habe ich eine konkrete Frage: Was liegt da jetzt alles wieder neu auf dem Tisch? Sind die Punkte, die schon vereinbart waren, jetzt geeint, Besitzstand? Uns interessiert vor allem auch die Personalvertretung für die festen Freien. Kann man sich jetzt darauf verlassen, dass das geeint bleibt, oder wird das auch noch mal neu mitverhandelt? In dem Zusammenhang ist auch die Zeitschiene wichtig, denn wenn das praktisch werden soll, dann sollte es vielleicht nicht allzu lange hinausgezögert werden. Personalratswahlen finden dann ja auch statt usw. Also wenn man sich darauf verabredet, dass man das möchte, muss man auch ein bisschen gucken, dass es nicht nur ein Ziel für die ferne Zukunft bleibt, sondern gleich praktisch werden kann. Insofern könnten Sie vielleicht noch ein bisschen konkretisieren, was die Zeitabläufe betrifft.

Es gibt sicher viele Möglichkeiten für den Rundfunk, seine Gebühren effizienter einzusetzen. Das ist ganz klar. Die Frage ist auch, ob man immer auf jugendliche Zielgruppen schießt und da viel Geld investiert, was der RBB teilweise macht, oder – und da komme ich jetzt auf den

Änderungsstaatsvertrag – nicht auch auf Menschen mit Behinderungen. Wir haben das alles jetzt ein bisschen kurz abgehandelt. Klar, wir können an diesem Änderungsstaatsvertrag jetzt nichts mehr ändern, das weiß ich, aber wenn er hier schon mal vorliegt und wir auch gleich darüber beschließen sollen, dann würde ich gern ein paar Worte dazu sagen. Er ist natürlich zustimmungsfähig, das stimmt, aber er ist auch nicht sehr ambitioniert. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Vielleicht können Sie, Herr Fischer, dazu auch noch mal was sagen. Ich finde, es geht in diesem Änderungsstaatsvertrag, wenn ich es richtig verstehe, um Prozesse, um Verbesserungen, um Dokumentation von Verbesserungen, aber eigentlich gar nicht um konkrete Ziele, die man zu bestimmten Zeitpunkten erreicht haben will, was Barrierefreiheit betrifft. Ich glaube, da ist dann die Aufgabe, in der Praxis, in der konkreten Politik noch ein bisschen nachzuschärfen, sonst weiß ich nicht, ob das jetzt der UN-Konvention und den Ansprüchen, die wir eigentlich haben, vollumfänglich gerecht wird. Vielleicht können Sie dazu auch noch mal was sagen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank für die Kurzfassung, Herr Dr. King! – Herr Staatssekretär Dr. Fischer, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Fragen! Ich beginne von hinten mit dem heute zur Beschlussfassung vorliegenden Medienänderungsstaatsvertrag. Es ist in der Tat in einigen Bereichen eine Anpassung des Möglichen, was man im Länderkontext erreichen konnte. Ich will aber schon darauf hinweisen, dass wir insbesondere, was das Thema Barrierefreiheit angeht, in dem Änderungsstaatsvertrag jetzt auch Berichtspflichten und konkrete Vorgaben und Aktionspläne mit drin haben. Also es ist jetzt nicht völlig ohne jegliche Substanz, und das müssen wir schon auch anerkennen. Es ist natürlich jedes Mal ein Schritt, den wir dabei gehen. Deswegen verhandeln wir jetzt auch wieder die nächste Stufe, die nächste Etappe. So ist das im Rundfunkgeschäft, dass man sich da langsam vorantastet und schaut, was man hinbekommen kann.

Dann sind wir beim Thema: Was passiert auf Bundesebene noch? – Das war von einigen Kolleginnen und Kollegen hier angesprochen worden. Die nächste Novelle ist in der Vorbereitung, insbesondere mit dem Thema Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlichen Rundfunks. Da gibt es in der Rundfunkkommission in den kommenden Wochen noch mal ein bisschen Diskussion rund um die Flexibilisierung des Auftrags und die Gestaltung der Mediatheken und darüber, was wir da für Rahmenbedingungen setzen können. Ich glaube, Herr Förster oder Herr Goiny hatte gesagt, wir müssen jetzt aufpassen, dass wir die Programme dabei nicht zusammenstreichen. Das ist auch nicht Ziel der Sache, sondern es geht darum, die Programme der ARD und des ZDF so, wie sie jetzt sind, zu erhalten, aber der Änderungsvorschlag, den wir jetzt haben, ist im Prinzip „One In, One Out“, also für jeden Fall, in dem man neue Programme entwickelt, muss dann auch klar sein, wo was wegfällt, denn mit begrenzten Ressourcen kann man tatsächlich nicht immer draufsatteln, sondern muss konzentriert bei den Dingen bleiben, die man machen will. Ich finde – das haben die Medienanstalten für sich vereinbart –, den neuen Kanal Tagesschau24 zu entwickeln, ist sehr gut, weil dann auch die Kooperation mit Phoenix und den anderen Beteiligten funktionieren soll. Es soll auch ein integriertes Programm sein, so habe ich das bisher in den Erläuterungen verstanden. Das werden aber die Kolleginnen und Kollegen bei den weiteren Diskussionen bestimmt noch mal im Detail erläutern.

Zum weiteren Zeitplan hatte ich schon gesagt, wir versuchen, das in den kommenden Wochen mit den Brandenburgern anzugehen, dass wir da ins Gespräch kommen, um vor der Sommerpause die ersten Klarstellungen zu beiden Verträgen zu entwickeln, damit wir uns dann hier in der Runde darüber austauschen können. Ich habe die Gespräche mit den Brandenburgern so verstanden, dass wir zwar Dinge in der letzten Legislaturperiode im Grundsatz geeint haben, aber weiterhin gilt, am Ende steht das Gesamtkonzept, und dann hat man das auch beschlossen. Also wir fangen auf der Grundlage an, auf der wir in der letzten Legislaturperiode verhandelt hatten, aber, wie Sie selber gesagt haben, war das am Ende der letzten Legislaturperiode nicht abschlussfähig, weil man das Gesamtkonzept nicht hatte, und das gilt für die weiterhin. Ich habe aber schon die Hoffnung, dass wir auf der Basis des bereits Vereinbarten vorankommen und nur noch die strittigen Punkte klären müssen, aber ich kann natürlich nicht für die Brandenburger sprechen. So ist jetzt mein Eindruck aufgrund dessen, was mir bisher übermittelt wurde.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Förster hat sich noch mal zu Wort gemeldet.

Stefan Förster (FDP): Wir werden das Thema ja heute nicht abschließen. Wir werden Punkt 4 a sicherlich vertagen, wieder aufrufen und uns regelmäßig berichten lassen, wie der Sachstand und Fortschritt dieser Entwicklung sind. Ich will zum einen darauf hinweisen, dass die Position auch der Senatskanzlei des Landes Berlin war, gerade beim Stichwort Nachrichtenkanal: nicht Weiterentwicklung von Tagesschau24 zum Nachrichtenkanal, sondern öffentlich-rechtlicher Nachrichtenkanal. Das heißt, auch das ZDF muss mitmachen. Ich möchte ungern die Entwicklung haben, dass wir am Ende einen Nachrichtenkanal beschließen, den die ARD alleine macht und das ZDF dann wiederum Bedarf für einen eigenen Nachrichtenkanal anmeldet. Das Thema war, Tagesschau24, ZDFinfo und Phoenix zu einem gemeinsamen, gut ausfinanzierten öffentlich-rechtlichen Nachrichtenkanal zusammenzulegen. Das kann man auch machen. Bei „Mittagsmagazin“ und „Morgenmagazin“ gibt es ja auch die Kooperation. Also das war immer die Position. Insofern ist das gar nicht als Vorwurf gemeint, weil Sie ja noch frisch in dem Thema drin sind, sondern die Bitte, das Thema zu schärfen. Es ist auch von Herrn Böhning und Herrn Gaebler immer als Position des Landes Berlin adressiert worden, dass wir einen gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Nachrichtenkanal haben wollen. Wir wollen keine Konkurrenz von ARD und ZDF bei diesem Thema haben. Das ist wichtig.

Und weil das sehr spannend war und wir das alle festhalten wollen, würde ich auch vorschlagen, dass wir zu diesem Thema auch ein Wortprotokoll erstellen lassen, weil es sinnvoll ist, diese Beiträge noch mal festzuhalten.

Vorsitzende Derya Çağlar: Ich höre keinen Widerspruch. – Wenn es keine weiteren Wortbeiträge gibt, kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0183. Wer für die Drucksache stimmt, darf die Hand heben. – SPD-Fraktion, Grünen-Fraktion, Linke, FDP- und CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – AfD. Wer enthält sich? – Somit ist die Drucksache angenommen, und es ergeht eine Beschlussempfehlung an das Plenum. Vielen Dank! Der Besprechungspunkt 4 a wird vertagt, und somit wären wir mit dem Tagesordnungspunkt 4 durch.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorstellung des Medienbarometers 2021/22 von
media:net berlinbrandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

[0001](#)
EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 9. Februar 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.